

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 3 • 8. Jahrgang

Berlin, 1. Februar 1927.

Die Industriekrise an der Saar.

Von Richard Posselt.

Das Saargebiet hat seit dem Einzug der französischen Besatzung im Jahre 1918 bis zum heutigen Tage statistisch nicht feststellbare Leiden und Nöte durchmachen müssen, wie man sie sich im unbesetzten Deutschland nicht vorstellen kann. Trotzdem muß festgestellt werden, daß durch die eigenartigen währungspolitischen Verhältnisse einerseits und infolge der von Frankreich an der Saar verfolgten wirtschaftspolitischen Absichten anderseits das Erwerbslosenproblem zunächst nicht in so drückender Form hervortrat, wie wir es von Deutschland, England, Dänemark usw. her kennen. Trotz aller wirtschaftlichen Notlage hielt sich der Prozentsatz der Erwerbslosen im Saargebiet bisher noch immer auf tragbarer Höhe, die die substantielle Aushöhlung der Saarwirtschaft nicht erkennen läßt. Diese Tatsache war etwa bis zum Herbst des vergangenen Jahres festzustellen. Seit dieser Zeit aber ist auch das Arbeitslosenproblem für das Saargebiet allmählich brennender geworden. Seit Anfang d. J. mehren sich die Arbeiterentlassungen wegen Absatzmangels oder wegen unproduktiver Wirtschaftsgestaltung, so daß sich damit der Beginn einer Industriekrise ankündigt, über deren Umfang sich vorerst keinerlei Voraussage geben läßt.

Außerordentlich verschärft hat sich die allgemeine Wirtschaftslage im Saargebiet, seitdem die französische Saargrubenverwaltung in kurzen Zwischenräumen die Kohlenpreise in rücksichtsloser Weise herausgesetzt hat. Die Lage im Saargebiet kennzeichnet sich am besten durch zwei Ziffern: Anfang 1926 lagen die Saarkohlenpreise 1,8 Prozent unter den Ruhrkohlenpreisen, Ende 1926 jedoch 20 Prozent darüber. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der lothringischen Erzpreise um rund ein Drittel eingetreten, während die Saarfrachten ebenfalls eine wesentliche Steigerung erfahren haben. Der lothringischen Eisenindustrie gegenüber befindet sich die saarländische in einer äußerst ungünstigen Lage, wenn sie mit dieser auf dem französischen Markt konkurrieren will. Einmal liegen die lothringischen Kohlenpreise unter dem Preisniveau des Saargebiets, zum andern fallen für die lothringische Industrie die Frachten für den Erztransport zum Teil oder ganz fort. Ferner kommen zu den Produktionspreisen der Saarindustrie für den Absatz auf dem französischen Inlandsmarkt noch die Frachten hinzu, die sich aus dem Transportweg vom Saargebiet bis in das lothringische Industriegebiet ergeben. Wie durch die örtlich verschiedenen gelagerten Verhältnisse zwischen Saargebiet und Lothringen die Produktionskosten sich zuungunsten des Saargebiets verschoben haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß bei einer kürzlich stattgefundenen Submission der Saarbahnen für 200 bis 300 Tonnen Stabeisen einer lothringischen Firma der Zuschlag erteilt worden sein soll, da die lothringischen Preise 100 bis 140 Franken je Tonne unter den Saarpreisen lagen.

Man ist versucht, anzunehmen, daß sich hinter der Kohlenpreispolitik der französischen Saargrubenverwaltung

nichts anderes als ein rein privatkapitalistisches Interesse der französischen Industrie verbirgt. Einmal will man offenbar dadurch die Saarindustrie möglichst vom französischen Inlandsmarkt ausschließen; zum andern versucht man aber scheinbar damit auch auf die Lohnpolitik einzuwirken insfern, als man eine Senkung der Kohlenpreise im Saargebiet davon abhängig zu machen versucht, daß die Löhne der Saarbergleute herabgesetzt werden. Man folgert daraus selbstverständlich, daß eine Lohnreduzierung für die Saarbergleute sofort sich auch auswirken müßte in der übrigen Saarindustrie. Der Erfolg wäre, daß das noch immer 60 bis 70 Prozent ausmachende französische Kapital in der Saarindustrie bei niedrigeren Löhnen höhere Gewinne erzielte, die restlos aus dem Saargebiet herausfließen würden. Alle Vorstellungen der Saarindustrie bei der französischen Bergwerksdirektion um Herabsetzung der Kohlenpreise sind bisher ergebnislos geblieben, bzw. hat sie ein Entgegenkommen davon abhängig gemacht, daß die Bergarbeiterlöhne „entsprechend“ abgebaut werden. Dabei liegen die Löhne der Saarbergleute tief unter jenen der deutschen Bergarbeiter.

Der 20 Prozent ausmachende Ueberpreis der Saarkohle gegenüber der Ruhrkohle wirkt sich aber angesichts der Entwertung des französischen Franken im Saargebiet wesentlich schärfer aus, vor allem bedeutet er eine außerordentliche Gewinnsteigerung für die Saargruben, die in erster Linie auf Kosten der saarländischen Wirtschaft erzielt wird. Daß die gesamte Wirtschaftspolitik der französischen Grubenverwaltung vor allem auf Erzielung möglichst hoher Gewinne abgestellt ist, ergibt sich aus einer Uebersicht, die vor einiger Zeit der französische Kammerdeputierte Garbot in der französischen Kammer erstattete und die als Rohgewinn der Saargruben für die Jahre 1920 bis einschließlich 1925 über 260 Millionen Goldmark ausweist. Daß die französische Saargrubenverwaltung mit dieser Preispolitik bestimmte wirtschafts- bzw. konkurrenzpolitische Ziele verfolgt, ergibt sich ferner aus der Tatsache, daß sie den französischen Abnehmern einen wesentlich günstigeren Preis macht. Vielleicht verbirgt sich dahinter auch eine gewisse Revanchepolitik gegenüber den deutschen Saarunternehmungen, die es seinerzeit abgelehnt haben, französisches Kapital hineinzunehmen (in erster Linie das Stahl- und Eisenwerk Gebr. Röchling).

Die Entwicklung der Saarindustrie ist aber nicht nur abhängig von der Gestaltung des Kohlenpreises, sondern auch von der Lösung der Absatzfrage. Die in Versailles erfolgte Regelung der Saarzollfrage hatte die Umgestaltung der Saarwirtschaft auf den französischen Absatzmarkt zum Ziel. Hinter dieser an sich rein wirtschaftlichen Erwägung verbarg sich aber eine sehr deutliche politische Absicht. Die tatsächliche Entwicklung hat eben gezeigt, daß der französische Inlandsmarkt weder in der Lage noch gewillt war, die saar-

ländische Erzeugung aufzunehmen. Als deshalb im Jahre 1925 die zollpolitische Abschüttung des Saargebiets vom übrigen Deutschland durchgeführt, das Saargebiet also zollpolitisch für Deutschland Ausland wurde, lag die Gefahr nahe, daß damit der Saarindustrie der gesamte deutsche Absatzmarkt verloren ging. Es wäre ganz ausgeschlossen gewesen, daß die Saarindustrie auf dem deutschen Inlandsmarkt beispielsweise mit der Ruhrindustrie hätte in Konkurrenz treten können, wenn nicht von Seiten des Reiches die sich aus der Aufrichtung der saarländischen Zollgrenze ergebende Verzöllung der Ausfuhr aus dem Saargebiet durch Stundung der Zollbeträge ausglichen worden wäre. Nur auf diesem Wege war es möglich, daß die Saarindustrie sich allmählich den ihr durch die Kontingentierungspolitik des Herrn Rault verloren gegangenen süddeutschen Absatzmarkt allmählich wieder zurückeroberete, wo inzwischen die durch günstige Wasserfrachten die Ruhrindustrie bereits ziemlich festen Boden gesetzt hatte.

Wenn auch diese Zollstundungen nur als Übergangsmaßnahme gedacht waren, so sind sie bis auf den heutigen Tag beibehalten worden, weil es nicht gelungen ist, mit Frankreich zu einer endgültigen Regelung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, die die unhaltbare zollpolitische Lage des Saargebiets vernunftsgemäß geregelt hätte. In einsichtigen französischen Wirtschaftskreisen gibt man jetzt selbst zu, daß die Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem „eine Dummheit ersten Ranges“ gewesen ist. So bezeichnete es jedenfalls noch in diesen Tagen die Meier „Lothinger Volks-Zeitung“, die weiter erklärte, daß „eine lückenlose Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem nur dann zur Tat hätte werden dürfen, wenn Frankreich dem Saargebiet das sein konnte, was Deutschland ihm war. Der französische Markt hätte die saarländischen Bedürfnisse zu befriedigen in der Lage sein müssen. Dieser Aufgabe sei Frankreich, wie die Entwicklung der beiden letzten Jahre beweise, nicht gewachsen gewesen. Die bereits im Jahre 1925 von Deutschland zugestandene Gewährung der Zollstundung für die Ausfuhr der Saarindustrie sei Frankreich sehr liebgewesen.“

Das nicht erreichte politische Ziel durch die sinnwidrig durchgeföhrten Wirtschaftsmaßnahmen an der Saar, hat die französische Saarpolitik zu einer regelrechten Auszugung stattlich übergehen lassen, die sich jetzt in zunehmenden Maße in einer täglich sich verschärfenden Industrie- und Wirtschaftskrise äußert. Beängstigende Formen nahm diese Wirtschaftsentwicklung an in dem Augenblick, wo die Stabilisierungsversuche Poincarés in dem Wirkungsbereich des Franken eine allgemeine Deflationskrise veranlaßte, ohne daß damit eine notwendige Senkung der Exportverhältnisse Hand in Hand ging. Heute ist die Saarwirtschaft an dem Punkt angelangt, wo sie ihre Ent-

scheidungen von zwei nebeneinanderlaufenden Erwägungen abhängig machen muß:

1. Welche Auswirkungen haben die französischen Stabilisierungsmaßnahmen auf die französische Produktionswirtschaft?
2. Welche Aussicht besteht für die deutsch-französische Verständigungspolitik mit Beziehung auf die Rückgliederung des Saargebiets?

Beide Probleme müssen nach Lage der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und allgemeinpolitischen Verhältnisse auf die Neugestaltung der saarländischen Wirtschaft um so mehr Einfluß ausüben, als ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wesentlich davon abhängt, in welcher Weise das eine von dem andern Problem beherrscht wird. Auf jeden Fall ist mit einer zunehmenden Rationalisierung der saarländischen Wirtschaft zu rechnen, was als ernste Frage für das Saargebiet das Erwerbslosenproblem in den Vordergrund schieben wird, da diese Frage im Saargebiet, das bekanntlich der Obhut des Völkerbundes untersteht, noch keine Regelung erfahren hat, wie sie für das übrige Deutschland besteht.

Aussprache von Vertretern der Saarindustrie mit der Regierungskommission.

Einem von der Handelskammer zu Saarbrücken und dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet zum Ausdruck gebrachten Wunsche entsprechend, fand am 25. Januar ein Empfang von Vertretern aller maßgeblichen saarländischen Industriezweige durch die gesamte Regierungskommission statt. Leider war das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr Kohnmann, frankheitshalber verhindert, an der Aussprache teilzunehmen. Zweck der Besprechung war der Regierungskommission den außerordentlichen Ernst der derzeitigen Wirtschaftslage vor Augen zu führen und sie auf die unbedingte Notwendigkeit einer Senkung der industriellen Gestehungskosten aufmerksam zu machen. Demgemäß stand im Mittelpunkt der etwa 1½ Stunden währenden Aussprache, bei der führende Vertreter aller maßgeblichen Industriezweige zu Worte kamen, insbesondere die Forderung nach Ermäßigung der Kohlenpreise und Gütertarife. Aus vorläufigem Ergebnis der Aussprache darf festgehalten werden, daß die Regierungskommission durch ihren Präsidenten, Herrn Stephens, zum Ausdruck bringen ließ, daß sie den Ernst der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht verkenne und bereit sei, im engsten Zusammenwirken mit der Wirtschaft unverzüglich diejenigen Maßnahmen zu prüfen, die zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Saarindustrie notwendig seien.

Eine weitere Besprechung mit der gesamten Regierungskommission, in der die zur Linderung der schweren Lage des Handels erforderlichen Maßnahmen zur Sprache gebracht werden sollen, ist im Laufe der nächsten Woche vorgesehen.

Die Lage im Saargebiet.

Von Oberregierungsrat Waldemar Moritz-Magdeburg.

So sehr ganz Deutschland und wir alle miteinander Schicksalsträger des Friedensvertrages von Versailles gewesen sind, — immer wieder muß und nicht oft genug kann betont werden, daß wir im Innern Deutschlands doch nicht annähernd das Gleiche durchgemacht haben, wie die Grenzgebiete und daß unter diesen Grenzländern an erster Stelle mit unser Saargebiet steht, welches als willkommenes wirtschaftliches Beutestück auf das Betreiben Frankreichs im Friedensvertrage und in dessen Auslegung von den örtlichen französischen Instanzen so besonders schlecht behandelt worden ist. An die Seite kann ihm höchstens das Ruhrgebiet zur Franzosenzeit 1923 und Oberschlesien während der Insurgentenkämpfe gestellt werden.

Seit Abschluß des Locarno-Vertrages, seit den Verhandlungen in Genf und Thoiry haben sich die Zukunftsaussichten für das Saargebiet geändert, ist sein Schicksal in eine besonders akute Phase getreten. War schon in Locarno, stärker in Genf darüber verhandelt worden, so bildete dieses Grenz-

gebiet in der Besprechung von Thoiry, wo nach Briands Erklärung „alle die beiden Länder interessierenden Fragen einer Gesamtlösung entgegengeführt werden sollten“, einen der drei Hauptpunkte, — neben der Besetzungsfrage und der Militärkontrolle. Man muß sich aber darüber klar sein: Was dort in Aussicht genommen, wird nur mit größter Geduld, großem diplomatischem Geschick zu erreichen sein. Denn weite Kreise Frankreichs sind noch immer imperialistisch eingestellt. Dies ging hervor aus der Rede Poincaré's unmittelbar nach Thoiry, aus der Stellung der Militärkreise, welche mit dem Friedensvertrage ja die gewollte Linie erreicht hatten und ist erklärlich aus der Haltung aller derjenigen in Frankreich, die immer noch von Deutschland große Zahlungen erhoffen. „Le boche payera tout!“ Immerhin ist es zu begrüßen, daß weite Kreise Frankreichs unter Führung von Briand und Louchard einer Verständigung wohlgesinnt sind.

Nach der früheren intransigenten Haltung Frankreichs dem Saargebiet gegenüber ist die Frage voll berechtigt: Woher

Kommt jetzt diese Nachgiebigkeit? Die Antwort lautet, auf eine Gesamtformel gebracht: Frankreich hat eingesehen, daß es mit seiner Saarpolitik vollkommen abgewirtschaftet, „versungen und verlorn“ hat. Zunächst politisch! Die Stimmung der Bevölkerung ist im Laufe der Besatzungszeit ständig antisfranzösischer geworden. Zahlreiche Beweise sprechen dafür. Die Abstimmung, gelegentlich der Wahlen zum Landesrat, die scharfe Antwort der Stadt Saarlouis an Herriot, der sich als Ministerpräsident den später allerdings bestrittenen Vorschlag erlaubt hatte, jenes Stadtgebiet sollte mit sieben Bürgermeistereien an Frankreich übergehen, wogegen Rückgabe der übrigen Gebietsteile an Deutschland zu erfolgen habe, — die scharfen Proteste aller beteiligten Kreise vom Bischof bis zum Arbeiter, gegen die unerhörte Schulpolitik, das Aufbegehren der gesamten Gewerkschaften und aller Arbeiterkreise gegen die unzulängliche Sozialversicherung —, all das belehrt Frankreich, daß sein politisches Prestige dahin ist. Und dies ist denn auch bereits vor langer Zeit in der französischen Kammer von dem Deputierten Margaine offen ausgesprochen worden: „Wäre die Abstimmung über das Saargebiet über die politische Zukunft 1919 erfolgt, so würden 10 bis 15 Proz. Stimmen für Frankreich abgegeben worden sein (übrigens auch eine Selbsttäuschung. D. Schriftl.); jetzt wären es kaum 1 Proz.“ Das Gleiche haben unsere beiden großen Freunde im neutralen Ausland Sven Hedin und Ritti ebenfalls bezeugt.

Doch die politische Unzufriedenheit allein, die Stimmung der Bevölkerung würde Frankreich nicht zur Genüge beeindrucken. Es steht ein ganz anderer Faktor zwingender Art dahinter: Die wirtschaftliche Frage. Auch hier hatte der Friedensvertrag in willkürlicher Grenzziehung wirtschaftlich engverbundene Gebiete auseinander gerissen, als es zollmäßig das Saargebiet vom Mutterlande trennte und auch dadurch Deutschland als Weltwirtschaftsfaktor ausschalten wollte. Wie unmöglich das ist, hat ja die Entwicklung der letzten Jahre zur Evidenz bewiesen. Politische Ziele decken sich eben letztens immer mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten! Frankreichs ganze politischen Absichten, seine Sicherheitsorgen, seine Bündnispolitik sind durch die wirtschaftliche Entwicklung ad absurdum geführt, durch die wirtschaftliche Entwicklung, welche ihren Endausdruck in dem katastrophalen Frankensturz fand. Beweis hierfür sind die unter Zustimmung Frankreichs getroffenen neuen wirtschaftlichen Bestimmungen über das Saargebiet. Denn dieses ist auffallenderweise bei dem bekannten Eisenkartell als selbständiges Gebiet berücksichtigt worden, indem es neben dem Deutschen Reiche, Frankreich, Belgien und Luxemburg ein besonderes Kontingent in der Produktion zugewiesen erhielt. Hieraus erhellt die Einigkeit der Paktpartner darüber, daß der bisherige Zustand der Trennung des Saargebiets von Deutschland auf die Dauer unhaltbar geworden ist. Weiter ist bekanntlich am 6. November v. Js. das sogenannte Saarabkommen, ein deutsch-französisches Zollabkommen, unabhängig von dem Stahlkartell und vor Abschluß des provisorischen Handelsabkommens geschlossen worden, welches wesentlich zur Klärung der internationalen Atmosphäre beigetragen hat. Zweck dieses Abkommens war, der deutschen und saarländischen Industrie, besonders der eisenhaffenden und -verarbeitenden die Möglichkeit zu verschaffen, ihre natürlichen Absatzgebiete wieder zu beliefern, die durch den Friedensvertrag zerstörten wirtschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. Damit ist praktisch und faktisch die vom Friedensvertrage dictierte Einbeziehung des Saarlandes in das französische Zollgebiet paralysiert.

Aus diesen Vorgängen können wir eine starke Wandelung in den französisch-wirtschaftlichen Auffassungen über das Verhältnis zum Saargebiet

entnehmen. Es geht vorwärts! Aber: Wie schon gesagt, liegt noch ein dornenvoller Weg vor uns. Nur schrittweise, nur in geschicktester Verhandlungspolitik wird das Saargebiet von den unerträglichen Machtesseln des Friedensvertrages bald befreit werden können.

Welches sind nun die Forderungen der nächsten Zukunft? — Zunächst völlige Befreiung des Gebietes von fremdländischer Herrschaft unter französischer Führung. Noch immer stehen im Saarlande gegen Vertrag und Recht — der Friedensvertrag verbot jedes Militär im Saargebiet — starke französische Truppen (2000 Mann). Verwaltet wird es von einer Regierungskommission, welche sich aus fünf Mitgliedern, darunter einem Deutschen, zusammensezt, und in welcher Frankreich durch die Mehrheit herrscht. Weiter bleibt anzustreben mit allen Mitteln, daß die für das Jahr 1935 vorgesehene endgültige Abstimmung der Bevölkerung baldmöglichst vorgenommen wird. Frankreich ist in seiner wirtschaftlichen Not neuerdings dem gar nicht so abgeneigt. Denn Deutschland muß — traurig anzusprechen! — sämtliche ihm mit dem Friedensvertrage genommenen staatlichen und privaten Kohlegruben von Frankreich dann zum Goldmarktpreise zurückkaufen, wenn die Abstimmung zu seinen Gunsten aussäßt. Jener Preis würde aber nach Schätzung 300 Goldmillionen ausmachen. Neuerdings soll Frankreich mit 250 zufrieden sein. Die französischen führenden Politiker wollen überhaupt keine Abstimmung. Man fürchtet — nach Obigem begreiflicherweise — die politische Blamage. Hier heißt es unbedingt: Klarheit und damit die Abstimmung fordern! Es muß der Welt durch sie bewiesen werden, daß im Saargebiet keine „gemischte Bevölkerung“, sondern fast ausschließlich „Deutsche“ wohnen, und daß die dem Ideologen Wilson vorgegaukelten 150 Tausend Saarfranzosen lediglich Schwindelgespinste waren. Kommt es nicht zu einer regelrechten Abstimmung, dann behält Frankreich, später vielleicht mit neuen Ansprüchen hervortretend, die Möglichkeit zu behaupten, das Saargebiet sei ja ohne Befragung der Bevölkerung zu Deutschland gekommen, weil die Abstimmung laut Friedensvertrag überhaupt nicht stattgefunden habe. Rücksichtslos muß Deutschland also auf der Forderung der Abstimmung beharren. Und wenn dann das Saargebiet an Deutschland zurückgelangt, dann müssen die Saargruben wieder an Preußen und an Bayern fallen, welche beide Staaten durch ihre geschickte Politik, durch die Ansiedlung ihrer Bergleute auf eigener Scholle es verstanden haben, die Bevölkerung seßhaft zu machen und am alten Vaterlande zu interessieren. Diese Tatsache hat ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die Stimmung im Saarlande so deutsch geblieben ist.

Diese Forderungen muß ganz Deutschland dem Auslande, ins besondere Frankreich gegenüber nachdrücklichst vertreten und damit einen Teil des Dankes abstatthen, welcher der Saarbevölkerung für ihre wundervolle Haltung in schwerer Nachkriegszeit gebührt. Politisch entrechtet, wirtschaftlich versklavt, kulturell hart umdrängt hat diese Bevölkerung seit nunmehr 8 Jahren, ächzend unter schwerer Bedrückung, einen zähen harten Kampf um ihr politisches Dasein, um ihr Deutschtum gekämpft. Alles müssen wir daran sehen, daß wir dieses wundervolle, reiche Land mit seinen landschaftlichen Schönheiten, dies Industrieland baldigst zurückgewinnen, in welchem das Rauchen der Eisen, das Dröhnen der Eisenhämmere und das Stampfen und Fauchen der Maschinen dem Wanderer der Pulsschlag stärksten wirtschaftlichen Lebens hört- und fühlbar wird. Geben wir dem Hoffnungswunsche Ausdruck: Das Saargebiet bald deutsch im freien deutschen Reiche!

Die französischen Truppen im Saargebiet.*

Von Otto Edler, ehemaliger Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“.

Die Herrschaft der französischen Militärverwaltung im Saargebiet setzte eine Woche nach dem von der Truppenübermacht der Alliierten erzwungenen Waffenstillstand (16. November 1918) ein. Die Besetzung unserer Heimat durch die französischen Truppen erfolgte am 23. November 1918, nachdem die Tage vor-

her ein ununterbrochenes Zurückschlüten der deutschen Armee geschehen hatten. Die Erinnerung daran wird unauslöschbar bleiben. So niederdrückend diese Tage waren, so erhebende Mamente brachten sie doch! Die Durchmarschstraßen überall ein Flaggenmeer, warmherzige Liebe spendete den marschmüden braven deutschen Truppen das Letzte, was in der damaligen Zeit der Rot aufzutreiben war. Es galt Abschied zu nehmen von den

* Aus dem Saarkalender für 1927.

Braven, die unsere heimischen Fluren vor dem Einfall feindlicher Truppen bis zum letzten Augenblick geschützt hatten. Das Saargebiet ging einem dunklen Gescheide entgegen! Aber offen bekannte die Saarbevölkerung auch in diesen dunkelsten Tagen des Zusammenbruches deutscher Macht und deutschen Ansehens ihre treudeutsche Gesinnung. Wie auf ein gegebenes Zeichen verschwand überall der Flaggenschmuck und mit eisigem Schweigen nahm man den Einzug der „siegreichen“ feindlichen Truppen auf. Der sichtlich lächelnde Empfang löste eine üble Laune bei den Militäroberen aus. In den anbefohlenen Empfängen durch die Gemeindevertretungen fand sie ein Echo in der Herabsetzung der „deutschen Barbaren“, die all das Kriegselend gewollt und verschuldet hätten. Daneben hohle Phrasen von der Großmütigkeit und Gerechtigkeit der „großen Nation“, um Leichtempfängliche vielleicht zu locken. Das Saargebiet war in den Augen der französischen Militärgewaltigen erobertes Land, Mac Mahon's Spruch „J'y suis et j'y reste!“ sollte nach ihrem Willen auch hier Geltung erlangen. Die Worte klangen an den Ohren derer, die gedemütiigt werden sollten, ohne Eindruck vorüber.

Die Militärdiktatur begann. Sie übernahm die Befehlsgewalt im Saargebiet. Aufhebung der bürgerlichen Rechte war ihr sichtbares Zeichen. Militär- und Kriegsgerichte errichteten ihre Herrschaft. Die Not und Bedrückung der Bürgerschaft durch die Einquartierungslasten waren unerträglich. Bald machte sich auch hier der Familienanhang der Militärs breit, der durch sein arrogantes Auftreten so manche deutsche Hausfrau an der Saar in höllische Seelenqualen versetzte. Die französischen Militärgewaltigen suchten im Saargebiet dem diplomatischen Ränkespiel in Paris um den geplanten Raub des Saarlandes vorzugehen durch eine politische Bedrückung der Bürgerschaft. Die Ausweisungen aufrechter deutscher Männer setzten in der brutalsten Form ein; besonders in Saarlouis, der Stadt des französischen Sonnenkönigs(!), eilten Werber und Spione hin und her, um Stimmung für den Anschluß an Frankreich zu erzwingen. Die Teuerungsunruhen im Oktober 1919 boten die willkommene Gelegenheit, die erdrückende Faust des Belagerungszustandes an die Kehle des Saarvolkes zu legen, nachdem die französischen Truppen zunächst untätig dem Anschwellen der Unruhe zugeschaut hatten. In einer wahnsinnigen Schießerei in beleuchtete Fenster tobten sich die französischen Truppen aus. Von Marokkanern wurde dabei im Hotel Mehner ein französischer Oberst, der sich dem Fenster genähert hatte, erschossen. Die französische „Gerechtigkeit“ erheischte es, daß die Stadt Saarbrücken dafür eine Buße von 100 000 Franken zu leisten hatte. Wahrlich, die französische Besetzung nach dem Kriege unter der Zeit des Waffenstillstandes ließ nichts an kriegerischer Schärfe und Unterdrückung einer friedlich gefinnten Zivilbevölkerung vermissen. Man fühlte sich eben in einem wenn auch leider, wie ein französischer Oberst es bedauernd gegenüber Saarbrücker Bürgern aussprach, zwar nicht eroberten, so aber doch „besiegten“ Lande. Vae victis!

Inzwischen rollten in Versailles die Würfel um das Zukunftsgescheid des Saargebietes. Das französische Spiel gelang nicht ganz, aber die Los trennung vom Reich auf 15 Jahre wurde von den diplomatischen Ränkeschmieden Frankreichs schließlich doch ertrögt. Das Saargebiet wurde „Schuhland“ des Völkerbundes, der es in treue Hände übernehmen sollte. „Sollte!“ Immerhin das Schlimmste wurde noch abgewendet, der glatte Raub! Zu einem „neutralen“ Gebiet unter Hoheit des Völkerbundes, dessen Rechte in einem Saar-Statut niedergelegt waren, gestaltete man unsere Heimat. Der § 30 dieses Statuts bestimmt einwandfrei:

„Im Saarbezirke besteht weder allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst. Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung errichtet. Der Regierungs-Kommission liegt es ob, in allen eintretenden Fällen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbezirk zu sorgen.“

Es ist ganz klar, daß auch der Völkerbund nicht daran gedacht hat, das französische Militär im Saargebiet zu belassen. In dem vom Völkerbundsrat auf seiner Londoner Tagung vom 13. Februar 1920 einstimmig zum Beschluss erhobenen Bericht des griechischen Vertreters Caclamanos über die Regierung des Saargebietes ist nur davon die Rede, daß bis zur Errichtung der örtlichen Gendarmerie die Regierungs-Kommission die teilweise oder völlige Beibehaltung oder die Rückberufung der Truppen im Falle eines Bedürfnisses hierzu verlangen könne. Man konnte hier also die Hoffnung haben, in absehbarer Zeit von dem französischen Militär befreit zu werden. Wie grimmig sollte diese Hoffnung enttäuscht werden; Heute, fast acht Jahre nach dem Einzug der französischen Truppen, ist es noch nicht gelungen, dem § 30 des Saar-Statuts Geltung zu verschaffen! Immer wieder hat der Völkerbundsrat die Belassung der französischen Truppen im Saargebiet, wenn auch offensichtlich nur widerwillig, geduldet, wenn sein Druck auf die Regierungs-Kommission, die örtliche Gendarmerie zu errichten, im Laufe der Jahre sich auch mehr und mehr verstärkt hat.

Am 26. Februar 1920 trat die Regierungs-Kommission mit dem Präsidenten Rault an der Spitze ihr Amt im Saargebiet

an. Einen Monat später, Ende März 1920, gab Präsident Rault den Vertretern der politischen Parteien gegenüber die Erklärung ab, daß die oberste Militärbehörde im Saargebiet als solche zu existieren aufgehört hätte, desgleichen die Militärverwaltungen in den Kreisen, die französischen Truppen blieben jedoch im Saargebiet, nicht als Besatzungstruppen, sondern als Sicherheitsstruppe, solange die zu gründende saarländische Polizeitruppe von 3000 Mann noch nicht eingerichtet sei. Dem Völkerbundsrat berichtete die Regierungs-Kommission unter dem 25. März 1926, daß sie bis zur Errichtung der örtlichen Gendarmerie die Anwesenheit von Truppen nicht entbehren könne, weshalb sie die Beibehaltung der französischen Truppen gemäß der Auslegung der Bestimmung des § 30 durch das Völkerbundsratsmitglied Caclamanos beantragt habe. Diese Truppen seien aber nicht mehr Besatzungs-, sondern „Garnisonstruppen“. In dem Verhältnis der französischen Truppen zur Saarbevölkerung änderte sich aber zunächst nichts. Trotzdem Rault die notwendige Stärke der örtlichen Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf 3000 Mann angegeben hatte, eine Zahl, die er später auf 4000 erhöhte, wurde die weit größere Zahl der französischen Truppen nicht vermindert. Die Zahl der Wohnungsbeschlägungen für das französische Militär und für die französische Bergwerksdirektion wurde immer größer, auf Beschwerden und Eingaben aus der Bürgerschaft um Linderung der Wohnungsnot antwortete Herr Rault, daß er zunächst für die französischen Ansprüche zu sorgen habe. Wie groß die Zahl der französischen „Garnisonstruppen“ im Jahre 1920 war, können wir dem Budget des französischen Kriegsministeriums für 1921 entnehmen. Danach belief sich für 1920 der Bestand auf 400 Offiziere und 10 400 Mann, die den französischen Etat mit 61 047 470 Fr. belasteten. Für 1921 waren vorgesehen 266 Offiziere und 7163 Mann, darunter 3200 Eingeborene aus Nord-Afrika. Die Ausgaben für diese „Besatzungstruppen“, in Paris legte man auf die seine Bemächtigung der Umwandlung in „Garnisonstruppen“ offenbar keinen großen Wert, werden auf 41 750 000 Fr. veranschlagt.

Aber auch sonst ließ die Regierungs-Kommission das französische Militär weiter schalten und walten wie es wollte. Wir hören von Eingriffen in die Befugnisse der Kommunalverwaltung. Wiederholt kam es zu Ausschreitungen der Soldaten gegenüber den Bürgern, ohne daß ein Schutz oder eine Sicherheit hiergegen gegeben wäre. Die Polizei war kaum in der Lage, die Bürger gegen Insulte der Militärpersönchen zu schützen, hatte wohl auch kaum wenig Neigung dazu, um nicht in Konflikt mit der Militärmacht zu geraten. Was jede militärische Besetzung unerträglich für die davon betroffene Bevölkerung macht, ist das Gefühl der Schutzlosigkeit gegenüber der Militärherrschaft, deren Grenzen aber sehr leicht von den Angehörigen der Besetzung überschritten werden. Obwohl Herr Rault hatte versichern lassen, daß das Militär seiner Autorität unterstellt sei, haben wir hier nie das Empfinden gehabt, daß er diese Autorität zur Geltung gebracht hätte. Zahlreiche öffentlich erhobene Beschwerden blieben unbeachtet. Ja, nicht einmal die Zusicherung, die Rault im März 1920 dem Völkerbundsrat gegeben hatte, daß kein Bewohner des Saargebietes in Zukunft vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte, hat der Präsident gehalten. So wurde im April 1920 ein sozialistischer Redakteur vom französischen Kriegsgericht wegen angeblicher Beleidigung der französischen Truppen verfolgt mit ausdrücklicher Billigung des Präsidenten Rault. Auf die Beschwerde beim Völkerbundsrat redete sich Rault damit heraus, daß er die unbedingte Pflicht habe, darüber zu wachen, daß kein Angriff auf das Prestige und die Ehre der Truppen unternommen werde. Von den saarländischen Gerichten setzte Rault unbescheiden voraus, daß sie den Attentäter „unzweifelhaft und mit Eklat freigesprochen hätten, wodurch eine neue Beleidigung den zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet berufenen französischen Truppen zugefügt worden wäre!“ Ein halbes Jahr darauf, im Oktober 1920, fällte das „aufgehobene“ französische Kriegsgericht hier in Saarbrücken gegen einen Angeklagten in Contumacium wegen angeblichen Anschlags auf die „Sicherheit des französischen Staates“ ein Urteil auf lebenslängliche Deportation in ein befestigtes Lager! Der militärischen Willkür freien Lauf ließ Rault dann im August 1920 gelegentlich des Beamtenstreikes. Die Marokkaner veranstalteten Menschenjagden in den Straßen Saarbrückens und führten ihre Opfer gefesselt ab, ein skandalöses Bild im Schutze des Völkerbundes! Erinnert sei auch daran, daß Rault den 100-tägigen Streik der Saarbergleute dazu benutzte, die nach dem französischen Etat für 1921 verminderter Zahl der „Garnisonstruppen“ wieder stark zu vermehren, so daß sie wieder auf über 10 000 stieg.

Die Provokationen und Ausschreitungen dieser Truppen verschärfen den Widerspruch gegen die unberechtigte Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet noch mehr. Eine ganze Reihe weiterer Ausschreitungen, leichtfertiger Schießereien usw. kamen noch hinzu. In einer Denkschrift an den Völkerbundsrat sahen sich die politischen Parteien genötigt, scharfen Einspruch gegen die schweren Übergriffe des französischen Militärs zu erheben und die Regierungs-Kommission anzuschuldigen, daß sie

der Bevölkerung einen Schutz hiergegen völlig versage. An Opfer dieser Ausschreitungen wurden aufgeführt u. a.: die Ermordung einer Lehrerin durch Marokkaner, nach vorausgegangener Vergewaltigung, die Ermordung eines Arbeiters in Gersweiler, ebenfalls durch Marokkaner, die Tötung zweier harmloser Bürger bei den Teuerungsunruhen und die Verlezung mehrerer Personen, die Ermordung eines Kaufmanns in Saarbrücken, die Erschießung eines Handwerkers in Sulzbach durch Soldaten usw. Eine Kette von Bluttaten seitens französischer Militärpersönlichen, die der angeblich zum Schutz der Personen und des Eigentums hier notwendigen französischen Garnison angehören. Völlig versagt hat die Regierungs-Kommission in der Wahrnehmung der Interessen der hinterbliebenen dieser Opfer der militärischen Ausschreitungen. Unter nützlichen Vorwänden wurden Entschädigungen seitens der französischen Militärbehörden verweigert. Man vergleiche damit die ungerechte Buße für die Erschießung des französischen Obersten durch die eigenen Truppen, die der Stadt zwangswise von der Besatzungsmacht auferlegt wurde.

Unter der Präsidentschaft des Herrn Rault dachte die Errichtung der örtlichen Gendarmerie um umsh umsh umsh gierungs-Kommission gar nicht daran, durch Errichtung der örtlichen Gendarmerie die Voraussetzung zur Entfernung des französischen Militärs aus dem Saargebiet zu schaffen, ihr Ziel ging vielmehr ganz offensichtlich dahin, die Truppen hier dauernd zu stationieren, und die Mehrheit der Kommission arbeitet auch heute noch diesem Ziele zu. Im Oktober 1920 brachte Herr Rault ganze 30 Mann der örtlichen Gendarmerie auf die Beine, die, wie er berichtete, im Zusammenwirken mit der im Saargebiet vorhandenen Garnison austreiten, die öffentliche Ordnung unter normalen Verhältnissen zu gewährleisten. Einer Vermehrung hat er immer auszuweichen versucht. Durch zahlreiche Eingaben der politischen Parteien im Saargebiet und einen ausgedehnten Notenwechsel der deutschen Regierung war der Völkerbundsrat aber gezwungen, sich fast in jeder seiner Sitzung mit dieser für das Saargebiet so bedeutsamen Frage zu befassen. Im Februar 1921 protestierte die deutsche Regierung zum ersten Male gegen die dem Versailler Vertrag widersprechende Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet. Sie wies auch darauf hin, daß es mit dem Charakter eines Abstimmungsgebietes unvereinbar erscheine, in einem solchen Gebiete Truppen einer an der Abstimmung interessierten Macht zu belassen, da dadurch die Freiheit der Abstimmung in Frage gestellt und eine der wesentlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages verletzt werde. Entsprechend seinem schon im Jahre 1920 festgelegten Standpunkt, daß die Vermehrung ausländischer Truppen im Saargebiet nicht als eine dauernde Einrichtung der Verwaltung dieses Gebietes angesehen werden könne, sondern daß man auf sie verzichten werde, wenn der Ausbau der lokalen Gendarmerie es gestatte, konnte der Völkerbundsrat an diesen Protesten nicht achtslos vorübergehen. Durch Beschlüsse vom 23. April und 7. Juli 1923 forderte der Rat die Regierungs-Kommission auf, ein Programm für den Ausbau der örtlichen Gendarmerie vorzulegen. Herr Rault beeilte sich aber durchaus nicht, denn erst in der Sitzung vom 22. Februar 1924 fühlte er sich bemüßigt, die Frage im Schoße der Regierungs-Kommission zur Besprechung zu stellen. Die Gesamtstärke des Landjägerkorps belief sich zu dieser Zeit auf 155 Mann. In Aussicht genommen wurde eine Erhöhung im laufenden Jahre um 200 Mann auf 355, deren Unterhaltung auf rund 3 Millionen Franken veranschlagt wurde. Für die nächsten drei Jahre sollten je 500 Mann eingestellt werden, so daß Ende 1926 ein Bestand von 1855 Mann erreicht sein würde, den man als ausreichend betrachtete, zur Aufrechterhaltung der Ordnung — bezutragen. Herr Rault hielt sich also noch immer ein Hintertürchen offen, um trotz dieser Vermehrung auf die Beibehaltung der geliebten französischen Garnison bestehen zu können. Aber schon die erste Erhöhung um 500 Mann wurde bald aus finanziellen Gründen als unmöglich bezeichnet, der damalige Finanzminister Stephens schloß sich diesen finanziellen Bedenken an, so daß der Völkerbundsrat der Reduzierung der Neueinstellungen auf 200 Mann zustimmte, wobei er aber der Erwartung Ausdruck gab, daß bei einer Besetzung der finanziellen Lage eine größere Verstärkung vorgenommen werde. Im Jahre 1925 schloß sich der Völkerbund endlich der schon lange von den politischen Parteien vertretenen Auffassung an, daß eine französische Garnison im Saargebiet nicht erforderlich sei, da man ja im Bedarfsfalle auf die Truppen der nahegelegenen französischen Garnisonen zurückgreifen könne. Der Regierungs-Kommission wurde daher die ihr sicher sehr peinliche Frage vorgelegt, wie ohne französische Truppen im Saargebiet selbst aber unter Berücksichtigung der Heranziehung von nahe an der Grenze weilenden Truppen die Sicherheit aufrechterhalten werden könne? In ihrem Bericht vom 28. Januar 1926 teilte darauf die Regierungs-Kommission dem Völkerbundsrat mit, daß die örtliche Gendarmerie gegenwärtig 1005 Mann stark sei, sie fügte aber hinzu, daß aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen eine weitere Vermehrung nicht mehr erfolgen könne. Diese Zahl sei bei normalen Zeiten ausreichend zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, bei außergewöhnlichen Um-

ständen müsse aber die Möglichkeit der Wiederheranziehung fremder Truppen gegeben sein. Die Entscheidung hierüber wollte Rault allein der Autorität der Regierungs-Kommission unterstellt wissen. Wie immer, so suchte der Präsident Rault auch in diesem seinen letzten Bericht den Anschein zu erwecken, als ob das Saargebiet und seine Bevölkerung besonders gefährlich seien. Hatte er schon wiederholt die Saarbevölkerung der Neigung zu Aufreizungen und Widerstand gezielen (daß es im Verlaufe seiner ganzen Regierungszeit zu irgendwelchen Unruhen gegen die Regierung nicht gekommen ist, führte er einmal in einem Bericht an den Völkerbund darauf zurück, daß die Regierungs-Kommission an Ort und Stelle die Mittel — das französische Militär — zur Verfügung habe, jeden Versuch einer Ruhestörung zu unterdrücken), so versuchte er noch in seinem letzten Bericht den Völkerbundsrat durch den Hinweis auf die gefährlichen Schluchten und Unterschlüpfen in den unzugänglichen „Waldern“ des Saargebiets graulen zu machen. Man quittierte in Genf diesen lästigen anmudenenden Versuch mit einem vieldeutigen Lächeln! Aber das italienische Mitglied des Völkerbundsrats sprang Frankreich in dem Bemühen, seine saarländische „Garnison“ doch noch zu retten, an die Seite, indem es den Vorschlag machte, der Regierungs-Kommission eine mit den „entsprechenden Mitteln“ ausgestattete Eisenbahn-Kommission zur Verfügung zu stellen, um unter allen Umständen die Freiheit des Transportes auf den Eisenbahnlinien des Saargebietes zu sichern. Die Regierungs-Kommission wurde daher aufgefordert, sich hierüber an den Rat gutachtlich zu äußern. Damit war der Völkerbundsrat abermals einer endgültigen Entscheidung über die Frage der Belassung oder Nichtbelassung der französischen Truppen im Saargebiet ausgewichen.

Man muß hier feststellen, daß in dieser Frage eine bedeutsame und vielleicht folgeschwere Wendung zu verzeichnen ist. Selbst Rault ist von einem Saulus zu einem Paulus geworden. Er, der immer eine französische Garnison von mehreren tausend Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet für unerlässlich bezeichnet hatte, mußte sich schließlich unter dem Druck der entgegenstehenden Auffassung einiger Ratsmitglieder zu dem Eingeständnis bequemen, daß die örtliche Gendarmerie von 1005 Mann unter normalen Verhältnissen ausreiche, die Sicherheit zu verbürgen, und daß es bei außerordentlichen Anlässen genüge, wenn man die Möglichkeit habe, auf die in der Nähe der Grenze befindlichen fremden Truppen zurückzugreifen. Damit war die Gefahr für Frankreich nahegerückt, daß der Völkerbundsrat genötigt sein werde, sein Votum für die Entfernung der französischen Truppen aus dem Saargebiet abzugeben. Es war aber wohl etwas verfrüht, in der Presse Meldungen zu lesen, daß nunmehr ein naher Termin für die Entfernung der Truppen als sicher angenommen werden könne.

Soweit sind wir bis zur Stunde leider noch nicht gelangt. Die Sicherheit war ja immer nur ein vorgeläufiges Spiel! Viel offener war von jeher die französische Presse, die eigentlichen Gründe für die Belassung der französischen Truppen im Saargebiet erkennen zu lassen. So schrieb das Pariser „Journal“ einmal: „Die Anwesenheit unserer Truppen (im Saargebiet) ist das einzige äußere Anzeichen unseres Sieges. Das ist von einer mächtigen erzieherischen Wirkung für den Boche! Wenn wir unser Militär zurückziehen, so wird das als Aufstall zu unserem endgültigen Weggange im Jahre 1935 ausgelegt werden!“ Und beim Wegzuge eines Jägerbataillons schrieb eine andere französische Zeitung bedauernd: „Wir packen unsere Koffer im Saargebiet!“ Wenn nur erst die Soldaten ihre Tornister packen würden!

Sind wir schon so weit?

Der von dem italienischen Ratsmitgliede geworfene Ball der „Eisenbahn-Kommission mit den entsprechenden Mitteln“ ist von Herrn Morize, nach Rault dem Anwalt der französischen Interessen, sehr geschickt aufgesangen worden. In der Beantwortung der Frage des Völkerbundsrats nach der Sicherung der Eisenbahntransporte hat sich die Regierungskommission „gedreiteilt“! Herr Morize hat mit dem Belgier Lambert und dem Tschechen Bezovsky die Mehrheit leicht auf seine Seite gebracht. Er greift mit beiden Händen nach der ihm zugespülten „Eisenbahn-Kommission mit den entsprechenden Mitteln“. Als solche verlangt er die beiden hier noch in „Garnison“ liegenden französischen Bataillone, die der Kommission als Schutztruppe dienen und damit hier dauernd im Saargebiet stationiert werden sollen! Der Präsident Stephens hält zum Schaden Frankreichs die weitere Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet für nicht erwünscht, weil zum Versailler Vertrag im Widerspruch stehend. Die Eisenbahn-Kommission, die über die Sicherheit der Eisenbahntransporte zu wachen hat, hält er für notwendig, erforderlichenfalls soll sie auf Truppen an der nahen Grenze (französische) zurückgreifen können. Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr Kohmann, geht in dieser Frage noch einen Schritt weiter. Er lehnt eine militärische Eisenbahn-Kommission entschieden ab, will dafür im Saargebiet eine Spezialkommission gebildet sehen, der, als

einzige Konzeßion, erforderlichenfalls ein militärischer Sachverständiger von Seiten der Alliierten beigegeben werden könnte. Jede Einmischung von fremden Truppen lehnt er ab, die Sicherheit soll vielmehr durch eine zu bildende technische Nothilfe gewährleistet werden. Soweit die drei ziemlich weit auseinandergehenden Gutachten der geteilten Gruppen der Regierungskommission, die dem Rate des Völkerbundes unterbreitet wurden sind.

Der vernünftigste Vorschlag geht natürlich von der Seite aus, um deren Interessen es geht, die aber nach der demokratischen Maxime des Völkerbundes am wenigsten zu sagen hat. Das sind die Vertreter der Bevölkerung, die politischen Parteien. Sie haben eine Eingabe an den Völkerbundsrat gerichtet, in der sie den „gordischen Eisenbahnsicherheitsknoten“ einfach durchhauen. Sie bestreiten nach dem Versailler Vertrage ein Durchmarschrecht fremder Truppen durch ein Schutzgebiet des Völkerbundes und verweisen darauf, daß genügend Eisenbahnlinien um das Saargebiet herumlaufen, um die Verbindung der Truppen des besetzten Rhein- und Pfalzgebietes mit ihren rückwärtigen Stützpunkten aufrechtzuhalten.

Auf seiner diesjährigen September-Tagung wird sich der Völkerbundsrat für die eine oder andere Lösung zu entscheiden haben. Wie sein Beschluß ausfallen wird, ist noch durchaus ungewiß. Nach demokratischen Grundsätzen? Dann könnte er leicht zu der Konstruktion kommen, daß er sich dem Mehrheitsgutachten der Regierungskommission anschließen müßte! In Paris würde er damit sicherlich keine Misstimmung auslösen. Er würde dann freilich seiner eigenen Feststellung, daß die französische Besatzung keine dauernde Einrichtung im Saargebiet werden sollte, hohnsprechen. Will er aber den Versailler Vertrag nicht länger verleben lassen, dann muß er endlich das ersehnte Wort sprechen, daß die französischen Truppen nunmehr unser Gebiet zu verlassen haben. Er wird dabei große Neigung haben, dieses für Frankreich unangenehme Urteil möglichst zu mildern, indem er wenigstens die Möglichkeit der Heranziehung der französischen Truppen der Regierungskommission offen hält. Die geringsten

Aussichten hat wohl der vernünftigste Vorschlag der politischen Parteien.

So stehen die Dinge zur Stunde. Die Gefahr ist durchaus noch nicht beseitigt, daß die „französische Garnison“ abermals eine Umtauffahrt erfährt und als „Eisenbahnschutztruppe“ dauernd im Saargebiet stationiert wird in den Garnisonen Saarbrücken, Neunkirchen und Homburg. Wir wollen die Hoffnung aber noch nicht aufgeben, daß der Völkerbundsrat auf seiner diesjährigen Herbsttagung doch den Entschluß fällt, dem Rechtsbruch in dem Verbleiben der französischen Truppen im Saargebiet ein nahes Ziel zu setzen. Aber auf eine andere Gefahr, wenn es dazu nicht kommen sollte, möge hier hingewiesen sein. Als Hauptaufgabe der „französischen Garnison“ hat Präsident Rault ständig den Schutz der Saargruben bezeichnet, die in das Eigentum des französischen Staates übergegangen seien. Diesen Schutz hat sich Frankreich eine Anzahl Millionen kosten lassen. Aber auch nach Ansicht des Herrn Rault ist nunmehr dieser Schutz in normalen Zeiten durch die örtliche Gendarmerie gewährleistet. Die beiden Bataillone, die Herr Morize hier dauernd gehalten wissen will, dienen angeblich einem ganz anderen Zweck, nämlich dem des internationalen Bahnschutzes! Wird Frankreich in seinen immer brenzlicher werdenden finanziellen Nöten nicht auf den Gedanken verfallen, die noch in die Millionen laufenden Unterhaltskosten für die zu einem internationalen Zweck in das Saargebiet detachierte Truppen von sich abzuwälzen? Man muß also schon ein Augenmerk rechtzeitig darauf richten, daß die für einen weiteren Ausbau der örtlichen Gendarmerie aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen nicht mehr aufzutreibenden Mittel nicht etwa auf dem Wege über die „französische Eisenbahnschutztruppe“ dem ausgepowerten Saargebiet zur Last fallen.

Das Kapitel der französischen Truppen im Saargebiet wird aber auf alle Fälle ein recht interessantes auf dem Gebiete der Respektierung des Versailler Vertrages durch seine Schöpfer bleiben!

Sorgen und Hoffnungen des saarländischen Handwerks.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Der „Saarfreund“ war recht oft schon in der glücklichen Lage, zu zeigen, wie sehr sich die breiten Schichten der Bevölkerung des Saargebietes danach sehnen, wieder völlig mit unserem Vaterlande vereinigt zu werden. Hierbei konnte er sich nicht nur auf die grundjährige Einstellung der politischen Parteien berufen, sondern auch auf die der großen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Beamten und Angestellten, die zusammen etwa 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Daz aber auch im saarländischen Handwerk der gleiche, deutsche Geist weht, zeigt erneut das, was in dieser Beziehung auf der siebenten Bundesversammlung des saarländischen Handwerks gesagt wurde, die vom 8. bis 10. Januar d. J. in der geschichtlich bedeutsamen Stadt St. Wendel stattfand. In der vorhergehenden Nummer des „Saarfreund“ ist schon dargelegt worden, daß die Tagung sich auch sehr eingehend mit dem Problem der Rückgliederung des Saargebietes zum Reiche befaßt hat, da man auch in Handwerkerkreisen befürchtet, daß die durch die Rückgliederung bedingte große Umstellung erneut erhebliche Nachteile mit sich bringt, wenn nicht rechtzeitig Mittel gefunden und Maßnahmen getroffen werden, die dieses zu verhüten in der Lage sind. Daz solche Sorgen berechtigt sind, insbesondere auch in Handwerkerkreisen, wird niemand bestreiten der weiß, wie schwer auch das Handwerk unter der Fremdherrschaft gelitten hat und noch leidet. Es ist namentlich in seiner wirtschaftlichen Kraft derartig geschwächt, daß es einen neuen Stoss nicht mehr auszuhalten in der Lage ist. Gewiß, auch die Handwerker an der Saar haben sich tapfer gehalten, haben sich einig und geschlossen im Handwerkerbund ohne Unterschied der Partei und der Weltanschauung zusammengearbeitet, um sich gegen drohende Schäden zu wehren. Aber es war ihnen ebenjewenig wie den anderen Ständen möglich, das Unrecht, das der Bevölkerung durch die Währungsumstellung, Zollabschaffung, Besteuerung usw. angetan worden ist und noch fortlaufend angetan wird, fernzuhalten. Das geht auch aus den Ausführungen fast sämtlicher Redner, insbesondere des Hauptredners der Tagung, Herrn Dr. Becker, Syndikus des Handwerkerbundes, hervor.

Herr Dr. Becker sagte u. a., daß das Saargebiet heute, trotzdem es offiziell keine Kriegs- und Militärlasten zu tragen

habe, eine stärkere steuerliche Kopfbelastung aufzubringen muß, als beispielsweise das Reich mit seinen ungeheuren Kriegsosten. Sicherlich wäre das Handwerk noch unendlich schwerer getroffen worden, wenn es sich an der Saar nicht vor sieben Jahren (am 29. 12. 1919) zu einem Bund zusammengeschlossen hätte, der unter der vorzüglichen Leitung seines 1. Vorsitzenden, des Herrn Bezirksschornsteinfegermeisters und Stadtverordneten Violet-Saarbrücken, der im Verein mit dem bereits genannten Herrn Becker und dem ganzen Vorstand des Bundes so außerordentlich tüchtig arbeitete, so daß der Bund allgemein als der berufenste private Vertreter des Saarhandwerks anerkannt wird, dem man gern all die Aufgaben anvertraut, für die nicht amtsmäßig die Handwerksammer zuständig ist. Heute gehören dem Bunde etwa 5000 selbständige Saarhandwerker als Mitglieder an, die sich auf mehr als 100 Handwerkerkorporationen verteilen. Kein Wunder, wenn ein Einfluß auf die in Frage kommenden öffentlichen Körperschaften steis zugenommen hat und heute sehr groß ist. Auch ist es ihm gelungen, manch schwere Nachteile vom Handwerk abzuhalten, sowie sehr beachtliche Vorteile für es zu erringen. „Wenn trotzdem“, so führte Herr Dr. Becker u. a. aus, „ein bedauerliches Missverhältnis zwischen dem geleisteten Arbeitsaufwand und dem Ergebnis dieser Tätigkeit zu verzeichnen ist, so geht ein gut Teil dieser Misserfolge, die keiner Berufsorganisation im Saargebiet erspart geblieben sind, auf das Konto der politischen Verhältnisse unseres Heimatgebietes. Eine objektive Kritik wird nie vergessen dürfen, daß der größte Teil der Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen hatten, außerhalb des Einwirkungsbereiches der Bevölkerung liegt, und daß es unendlich schwer ist, eine erfolgreiche Berufsstandspolitik zu betreiben unter einer landesfremden, autokratischen Regierung, der es lange Zeit nicht so sehr auf die Wohlfahrt der Bevölkerung als auf die Erreichung politischer Ziele ankam.“ Herr Dr. Becker erhebt hier in ruhiger, sachlicher Weise den gleichen Vorwurf gegen die frühere Saarregierung und damit auch gegen den Völkerbundsrat, den die anderen Stände und die politischen Parteien schon seit 1920 immer wieder erhoben haben. Doch sieht er einen wichtigen geistigen Gewinn bei all den Schwierigkeiten, die die Ab trennung vom Reiche mit sich brachten, darin, daß sie die Bevölkerung darüber belehrt haben, wie eng Politik und Wirtschaft miteinander verknüpft sind und wie sehr die wirtschaftliche Wohlfahrt der Bevölkerung von ihrem politischen

Schajal beeinflußt wird. „Unsere wirtschaftliche Zukunft“, so führte Herr Dr. Becker weiter aus, „aber erscheint auf lange Sicht nur dann gesichert, wenn wir wieder zum Reich, der großen staatspolitischen Gemeinschaft, mit der wir durch tausend Bande verknüpft sind, zurückkehren. Das Handwerk des Saargebietes hat deshalb auch als Wirtschaftsgruppe nach all den Enttäuschungen unseres staatlichen Sonderdaseins das größte Interesse an einer baldigen Rückkehr zum Reiche.“

Was hier gesagt wurde, ist seit Jahren immer wieder auch im „Saarfreund“ geschrieben worden, nämlich, daß selbst dann, wenn man einmal von nationalen und kulturellen Erwägungen — die jedoch in erster Linie für die politische Staatszugehörigkeit einer Bevölkerung maßgebend sein müssen — ganz absieht, die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar so liegen, daß das Saargebiet nur im Verbande des Reiches wirtschaftlich existieren kann. Heute findet er, daß die harten Tatsachen die Richtigkeit seiner Ansicht restlos bestätigt haben. Sicher hat auch das reichsdeutsche Handwerk, ebenso wie alle anderen werktätigen Stände im Reiche schwer zu kämpfen. Das hat der unglückliche Ausgang des Krieges und besonders der dem deutschen Volke aufgezwungene Versailler Vertrag mit sich gebracht. Daß das saarländische Handwerk weiß, daß es besonders auch durch die mit der Rückgliederung verbundenen großen Umstellungen allerlei Schwierigkeiten bekommen wird, war immer wieder zu hören; und es ist ein Zeichen von Weitblick und Erfahrungen, wenn es schon jetzt trotz der täglich großen Sorgen sich Gedanken darüber macht und Zeit dazu nimmt, die mit der Rückgliederung verbundenen Fragen so ausgiebig zu erörtern, wie das in St. Wendel geschah, obwohl, wie auch der Bundesvorsitzende, Herr Violet, sagte, noch nicht in diesem Jahre damit zu rechnen ist, daß die Rückgliederung des Saargebietes ans Reich erfolgt; denn es ist aus den verschiedensten Gründen, die hier nicht näher erörtert werden sollen, sehr gut, wenn man sich so frühzeitig wie möglich hieraus einstellt und insbesondere auch die Verbindung mit den reichsländischen Handwerkerorganisationen so eng und so herzlich wie nur denkbar zu gestalten sucht.

Man wird Herrn Violet gern restlos zustimmen, wenn er sagt, daß es der Handwerkerbund für klug gefunden habe, sich auf der Bundestagung auch über das deutsche Handwerk orientieren zu lassen, und er zu diesem Zweck den Vorsitzenden des Rheinischen Handwerkerbundes, den Reichstagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Reichstags, Thomas Esser, gewonnen hätte. Wie gesagt, das saarländische Handwerk kann nur dabei gewinnen, wenn es die Fühlungnahme mit all den in Frage kommenden deutschen Stellen so eng wie möglich zu gestalten sucht. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß eine gute Tuchföhlung und ein weitgehendes Zusammenarbeiten mit dem Rheinischen Handwerkerbund — dem die saarländischen Handwerkerorganisationen sich nach der Wiedervereinigung mit dem Reiche sicherlich wohl anschließen werden — in erster Linie

geboten erscheint, zumal es für das Handwerk nicht leicht sein wird, sich den erstrebten Einfluß im öffentlichen Leben zu verschaffen und zu sichern, sowie sich in den Kämpfen um moderne Wirtschaftsformen zu behaupten.

Von seinen an der Saar gewonnenen Eindrücken war Herr Esser ganz außerordentlich befriedigt, denn er sagte: „Ich bin glücklich, nun selber Gelegenheit gefunden zu haben, die Strömungen im Saargebiet kennen zu lernen, und muß sagen, es röhrt tief, es macht einen sehr tiefen Eindruck auf jeden, der aus dem alten Vaterlande ins Saargebiet kommt, wenn er feststellen muß, wie einheitlich und stürmisch der Wille der Saarbevölkerung zur Rückkehr nach dem Vaterlande ist. Ich werde, wenn wir im Reichstag zusammentreten, im Ausschuß für die besetzten Gebiete meine Eindrücke, die ich bei meiner Reise durch das Saargebiet gewonnen habe, wiedergeben und alles verlangen, was irgendwie möglich ist.“ Namentlich hoffte Herr Esser, daß im Rahmen der öffentlichen Fürsorge des Reiches das Saargebiet in das Bauprogramm mit hinzugezogen werden könnte. Er werde dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und allen in Betracht kommenden Stellen Bericht über seine im Saargebiet gewonnenen Eindrücke erstatten.

Der bekannte politische Führer und Handwerksmeister Schmelzer-Saarbrücken wies bei seinen Ausführungen auch auf die großen Schwierigkeiten hin, die im wirtschaftlichen und politischen Leben im allgemeinen und im Saargebiet im besonderen zu überwinden sind. Dabei schilderte er die mannigfaltigen Sorgen und Mühen, die den politisch führend tätigen Handwerker drücken und bat um weitgehendstes Verständnis für die Tätigkeit solcher Männer und um Vertrauen und Unterstützung. Einigkeit und Vertrauen sei überall notwendig, aber im Saargebiet viel mehr als anderswo. Wie bei fast allen Rednern, lang auch bei Herrn Schmelzer die Sehnsucht nach der Wiedervereinigung mit dem Reiche durch und die Hoffnung auf ihre baldige Erfüllung.

Alles in allem zeigte der Verlauf der Tagung mit aller Deutlichkeit, daß sich auch die Handwerker des Saargebietes im Völkerbundland alles andere als wohl fühlen. Sie haben, ebenso wie die anderen Berufstände, ehrlich versucht, durch loyale Bereitschaft zur Mitarbeit die Hindernisse und Schwierigkeiten, die der Versailler Vertrag namentlich auch in wirtschaftlicher Beziehung für das Saargebiet mit sich brachte, zu überwinden, um in fleißiger und friedlicher Arbeit an der Wohlfahrt ihres Standes und der Gesamtbevölkerung mitzuarbeiten. Aber auch sie mußten eingehen, obwohl sie wohl etwas länger als andere an die Möglichkeit, daß die soziale Einstellung Erfolg haben würde, glaubten, daß die einzige Rettung für alle Deutschen an der Saar in einer restlosen Wiedervereinigung mit dem Reiche liegt.

Verhängnisvolle Unüberlegtheiten.

Die außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Lage, in der sich der größte Teil der Saargebietbevölkerung als Auswirkung der Stabilisierungskrise befindet, hatte die deutsche Reichsregierung veranlaßt, den von ihr zur Saarregierung beurlaubten deutschen Beamten eine einmalige außerordentliche Beihilfe zu gewähren, die zwischen 150 und 300 Reichsmark schwankt. Diese vom besten Willen getragene Maßnahme der Reichsregierung hat aber eine Wirkung ausgelöst, deren Tragweite sich zurzeit noch keineswegs übersehen läßt. Die Notlage der Saargebietbevölkerung ist, von wenigen Oberschichten abgesehen, in allen Kreisen vorhanden und wird von den unteren, d. h. von den niedrigst bezahlten Bevölkerungskreisen, also von der Arbeiterschaft, am drückendsten und sühbarsten empfunden. Eine Sonderzuwendung vom Reiche an die zur Saarregierung beurlaubten deutschen Beamten hob diese aus dem Kreise der Notleidenden gewissermaßen heraus, wobei ganz unerörtert bleiben mag, daß es, gemessen an den im Saargebiet vorhandenen Verdienstmöglichkeiten, zweifellos Bevölkerungsschichten gibt, denen eine Unterstützung in Form einer Sonderzuwendung sicherlich nötiger gewesen wäre, als den von der Betreuungsaktion betroffenen Beamten. Zunächst wurde dadurch eine verständliche Unzu-

friedenheit in jenen Beamtenkreisen geweckt, die auf Grund der Betreuungsaktion der Reichsregierung nicht mit diesen Sonderzuwendungen bedacht werden konnten. Die Regierungskommission des Saargebietes, an die sich die leet ausgegangenen Beamten der Saarregierung gewandt hatten, sah sich — entweder aus sozialem Empfinden oder aus politischer Überlegung — veranlaßt, ihren Beamten und auch den in ihrem Dienst befindlichen Arbeitern und Lohnangestellten in abgestuften Beträgen ähnliche Zuwendungen zu bewilligen.

Vielleicht war es Absicht der Saarregierung, mit dieser besonders betonten und in einem Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesrats zum Ausdruck gekommenen Parallelaktion zu der Betreuungsmaßnahme der Reichsregierung den Funken der Unzufriedenheit in die breite Masse der Kommunalbeamten und -angestellten und der Industrie- und Bergarbeiter und -angestelltenchaft zu werfen. Jedenfalls setzte eine sich immer stärker fortpflanzende Welle der Unzufriedenheit über die Betreuungsaktion der Reichsregierung in der Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenchaft des Saargebietes ein, daß man mehr und mehr zu der Überzeugung gelangt, daß es gut wäre, wenn die Berliner zuständigen Stellen sich zu einer Maßnahme entschlossen,

die die Misstimmung beseitigt und vor allem auch dem Vorwurf eines unbedachten, unsozialen Handelns den Boden entzieht. Seit Wochen bildet die Betreuungsaktion mit zum Teil recht unfreundlichen Vorwürfen gegen die Reichsregierung das Hauptthema in den Versammlungen der Arbeiter- und Angestelltenchaft, in den Erörterungen der Presse, in den Entscheidungen der örtlichen Parlamente. Es ist ganz bestimmt nicht eine politische Bewegung, die hier eingesetzt hat, sondern eine angesichts der traurigen Wirtschaftslage des größten Teiles der Bevölkerung durchaus begreifliche Erregung über eine scheinbar unsoziale Einstellung verantwortlicher Regierungsstellen in Berlin. Man wird in Berlin sicherlich die Bewegung verstehen, gerade weil man in Berlin bei der Betreuungsaktion für die Beamten des Saargebiets von dem Gesichtspunkt einer besonderen wirtschaftlichen Notlage an der Saar ausgegangen ist. Die Bevölkerung des Saargebiets hat in den schweren Jahren politischen Ringens um die Deutscherhaltung des Saargebiets einmütig zusammengestanden, hat politischen Terror ertragen, wirtschaftliche Sorgen miteinander geteilt und gemeinsam den Glauben für eine Wiedererstarkung des deutschen Vaterlandes und an eine Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterlande gestärkt. Angesichts solch gemeinsam getragenen Schicksals darf man in Deutschland keinen Unterschied machen zwischen beamteten und nichtbeamteten Bevölkerungskreisen des Saargebiets, man muß die Fürsorge für das Saargebiet auf alle in gemeinsamer Treue zusammenstehenden Teile der Bevölkerung gleichmäßig ausdehnen.

Einen weiteren Anlaß zu Verärgerungen und Misstständnissen geben die vom Reichsfinanzministerium nun schon länger als ein Jahr gewährten Zollstundungen mit der Absicht, sie völlig niederzuschlagen. Auch hier sind die vom Reich beschlossenen und durchgeföhrten Maßnahmen in der Absicht geschehen, nicht einzelnen Teilen der Bevölkerung Vorteile zu verschaffen, sondern durch den Verzicht auf die Erhebung der Auslandszölle für aus dem Saargebiet kommende Waren das Wirtschaftsleben des Saargebiets in Gang zu halten und damit der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung Verdienstmöglichkeiten zu gewähren. Von Seiten der Saarindustrie, die zunächst Nutznießer dieser Zollstundungen gewesen ist, wird erklärt, daß ohne diese Zollstundungen die Saarwirtschaft längst zum Erliegen gekommen, und die Arbeiterschaft damit der Arbeitslosigkeit anheimgefallen wäre. Diese Darlegung ist zweifellos unanfechtbar. Andererseits erklärt man in Arbeitnehmerkreisen, daß es sicherlich nicht im Willen der Reichsregierung gelegen habe, mit diesen Zollstundungen lediglich die Wettbewerbsfähigkeit der Saarindustrie auf dem deutschen Inlandsmarkt zu ermöglichen, sondern daß sie damit der Saarunternehmerschaft auch die Möglichkeit geben sollte, den Steuerungsverhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen. Von Seiten der Arbeitnehmer wird darauf hingewiesen, daß die Löhne in der Saarindustrie ebenso wie auf den französischen Saargruben so niedrig bemessen sind, daß es besonders im Hinblick auf die unstabile Frankenwährung und der nachweislich bestehenden Steuerung für die Arbeiter- und Angestelltenchaft unmöglich ist, der allgemeinen Bereisendung vorzubeugen. Vielleicht wäre es auch hier wie bei der Betreuungsaktion zweitmäßig gewesen, wenn man vor Einleitung dieser Maßnahmen, wie es die Reichsregierung in ähnlichen Fällen im Reich auch tut, auch die Vertreter der Arbeiterschaft wie überhaupt alle Faktoren der Wirtschaft beratend herangezogen hätte. Es hätten sich dann von vornherein auf beiden Seiten gewisse Unverständlichkeiten aufklären lassen, und es hätten sich nicht Vorurteile bilden können, wie sie jetzt vorhanden sind und wie sie jetzt auf Grund der bestehenden Tatsachen nicht ohne weiteres erschüttert werden können.

Andererseits sollte man auch im Saargebiet volles Verständnis für die Schwierigkeiten haben, denen sich die Reichsregierung auch jetzt noch bei allen Saarfragen gegenüberstellt. Die Lage ist deshalb besonders schwierig, weil zunächst einmal die deutsche Regierung, wenn sie eine Maßnahme für das Saargebiet beschließt, keinen Unterschied in der Bevölkerung machen darf, soweit die Staatsangehörigkeit in Frage kommt. Es ist an sich geradezu paradox, daß durch die Zollstundungen des Reiches für die Saarindustrie wohl den Löwenanteil der

sich daraus ergebenden Vergünstigungen das im Saargebiet investierte französische Kapital zieht, das auch heute noch mit etwa 60 Prozent die saarländische Industrie beherrscht. Auf diese Tatsache durfte nach biblischem Beispiel die Reichsregierung keine Rücksicht nehmen, sondern mußte diesem überwiegend französischen Kapital die Zollstundungsvergünstigungen ebenso einräumen, wie dem in der Minderheit stehenden deutschen Kapital. Gerade aber weil die Dinge so liegen, wäre es vielleicht nötig gewesen, bei Gewährung von Zollstundungen die die Vergünstigung in Anspruch nehmenden Unternehmungen zu einer Lohnpolitik zu verpflichten, die der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft leidliches Auskommen unter den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen gewährleistet haben. Wir zweifeln nicht daran, daß die deutschen Unternehmer sich einer solchen Bedingung nicht entzogen hätten, weil ja eine auch vom französischen Kapital gezahlte Lohn erhöhung sich gesamtwirtschaftlich im Saargebiet hätte auswirken müssen. Da man diese Voraussicht nicht hat walten lassen, so ergibt sich praktisch die bedauerliche Tatsache, daß eine Verschärfung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberum eingetreten ist, die sich selbstverständlich politisch nicht gerade günstig bemerkbar macht.

In den letzten Wochen sind daher der Reichsregierung aus dem Saargebiet aus den verschiedensten Kreisen Anträge, Entschließungen und Proteste zugegangen, die in irgendeiner Form eine Entscheidung der Reichsregierung erheischen. Im Interesse der politischen Beruhigung und im Interesse der gesamten wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung wäre es dringend erwünscht, wenn sich die neue Reichsregierung mit diesen Verhältnissen an der Saar eingehend beschäftige und nach Anhörung aller beteiligten Faktoren des Saargebiets zu einer Entscheidung läme, die berechtigten Wünschen Rechnung trägt und auf die wirtschaftliche Notlage weitester Kreise der Bevölkerung Rücksicht nimmt.

Zur wirtschaftlichen Notlage an der Saar.

Im Saargebiet befassen sich in zunehmenden Maße die verschiedenen Wirtschaftsgruppen mit der sich immer katastrophaler entwickelnden Wirtschaftslage, wie sie sich aus der Stabilisierungs krise und aus der besonderen Lage, in der sich das Saargebiet befindet, ergeben. So beschäftigte sich eine Bezirkskonferenz der Handwerker, Maschinisten und Heizer der Saargruben mit der gegenwärtigen Notlage. Einen übersichtlichen Vortrag über die Verhältnisse und über die Zusammenhänge von Bergbau und Industrie hielt der Bezirksleiter Pict, wobei er besonders auf die Auswirkungen für die Arbeiterschaft einging, wie sie sich aus der an der Saar geplanten wirtschaftlichen Umstellung ergeben müssen. In der Aussprache beschäftigte man sich eingehend mit der sogenannten Betreuungsaktion, wobei zum Teil recht heftige Worte gegen die Reichsregierung fielen.

Bezüglich der Lohnverhältnisse wurde der Standpunkt vertreten, daß die heutigen Kohlenpreise sehr wohl eine der Steuerung entsprechende Lohnerhöhung zulassen. Einstimmig wurde beschlossen, durch Neufestsetzung der Beiträge ab 1. Februar 1927 dem christlichen Metallarbeiterverband die Mittel zur Errichtung der Altersinvalidenversicherung zur Verfügung zu stellen. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschließung wird gefordert, daß seitens des Reiches für die in Not befindlichen Arbeiter der Saargruben Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet werden. Mit den Vertretern der andren Organisationen sollen weitere Schritte bei den zuständigen Reichsstellen zur Beschleunigung der ganzen Angelegenheit eingeleitet und durchgeführt werden.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Fachgruppe Bergbau des Verbandes der Techniker kam gleichfalls die große wirtschaftliche Notlage der Bergbeamten und Angestellten zur Erörterung, wie sie durch die Inflation verursacht worden ist. Die Novembergehälter blieben noch um 15 v. H. an der Lebenshaltungsziffer gemessen, hinter der Grundlage des Ergebnisses der Januarverhandlungen von 1926 zurück. Dazu kommen die großen Verluste in den einzelnen Monaten, in denen die Gehälter der Lebenshaltungsziffer nicht angepaßt waren. Besonders scharf verurteilt wurde, daß die unteren Werksbeamten, die die beiden weiteren Aufrüstszenen nicht erhielten, trotz der Bemühungen der Organisation von der Verkürzung der Aufrüstszenen ausgeschlossen bleiben sollen. Auch die Aufbesserung der sozialen Zulagen hat die Bergwerksdirektion abgelehnt, obwohl diese unter der Hälfte der sozialen Zulagen der Regierungskommission liegen.

Ein Jubiläumsjahr in der Geschichte des Warndts.

Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der saarländischen Glasindustrie.

Eine Dorfgründung vor 300 Jahren.

Das Studium der Geschichte der saarländischen Glasindustrie zeigt, daß die bisherigen Aufzeichnungen über die Anfänge dieses heute in unserer Saarheimat blühenden Industriezweiges größtenteils nicht den Tatsachen entsprechen; man fuhrte bis vor kurzer Zeit stets auf den Angaben Haßlachers, die jedoch durch ein Studium der Akten des Koblenzer Staatsarchives sich als unrichtig erwiesen haben. Die Heimatgeschichtsschreiber, die Haßlachers Angaben in ihre Werke übernahmen, werden diese Angaben gelegentlich berichtigten müssen. Wenn Haßlacher zitiert, „daß Graf Ludwig von Nassau-Saarbrücken dem Ludweiler Ansiedler Daniel de Condé im Jahre 1618 die Erlaubnis erteilte, im Warndtwalde zwei Glashütten nebst den nötigen Arbeiterwohnungen zu errichten, wodurch der Ort Wilhelmbsbrunn entstand“, so ist dem entgegenzuhalten, daß die älteste bekannte Glashütte des Saargebietes auf dem Banne von Ludweiler lag, an der Grenze des lothringischen Dorfes Kreuzwald, und in den Koblenzer Archivalien als „verrière de Loudviller“ erscheint. Aus dem Inhalte eines in weniger gutem Zustande befindlichen Schriftstückes vom 19. November 1916 erhellt klar und deutlich, daß zu damaliger Zeit im Warndt bereits eine Glashütte existierte; denn das Schreiben ist an „Monsieur la Rochier, Glashütte zu Loudviller“ gerichtet. Als Beständer (Pächter) der Hütte erscheint ein gewisser Jacque de Titry. In der erwähnten Urkunde, die zu Kreuzwald von einem Notar in Gegenwart von Zeugen in der Wohnung des genannten Jacque de Titry ausgestellt wurde, werden wir mit den Privilegien und Rechten des Glashüttenbesitzers bekannt gemacht. Weitere Erläuterungen folgen in einem besonderen, in französischer Sprache abgesetzten Schriftstück, enthaltend die Bedingungen für die Glashütte und ihren Beständer:

Der Edelmann Jacque de Titry sollte jährlich am Feste Johannes des Täufers 40 Taler zahlen für die Holzentnahme in den umliegenden Waldungen, soweit dasselbe zum Betriebe der Glashütte und zum persönlichen Bedarfe notwendig war; zehn Morgen Land sollten dem Beständer zur Errichtung der Anlagen, Wohnhäuser und Gärten kostenlos vom Saarbrücker Grafen überlassen werden; seine Familie und Nachkommen sollten frei sein von allen üblichen Lasten wie: Frondiensten, Schafft und Abgaben; die Ansiedlung sollte unabhängig von der Warndtgemeinde Ludweiler sein. Die Bewohner konnten ihr Vieh auf die Gras- und Stoppelweide treiben; Streitigkeiten geringerer Natur sollten an Ort und Stelle untereinander geschlichtet werden, wogegen die Ahdung schwieriger Vergehen durch das ordentliche Gericht zu erfolgen habe; bei einer Gefährdung des Hütenbetriebes wegen Holzmangel sollte der Beständer die gesamte Anlage, Hütte, Gelände usw. veräußern können.

In unmittelbarer Nähe dieser Glashütte erfolgte zehn Jahre später die Errichtung einer neuen Hütte. Es wandte sich nämlich einer der ersten Ansiedler von Ludweiler, der Edelmann Daniel de Condé, im Jahre 1626 an den Saarbrücker Landesherrn mit der Bitte um die Erlaubnis, in der Nähe der alten Glashütte eine neue errichten zu dürfen, was ihm denn auch durch Urkunde vom 20. September des gleichen Jahres gestattet wurde. Aus dem Inhalte dieses umfangreichen gräflichen Schriftstückes und dem Umstande, daß die anno 1616 angelegte Hütte des Jacques de Titry im Jahre 1626 noch als „Glashütte zu Ludweiler“ erscheint, erhellt offensichtlich, daß die Entstehung des Warndtdorfes Wilhelmbsbrunn der Glashüttengründung von 1626 zu verdanken ist. Im leitgenannten Jahre wurde die Ludweiler Glashütte stillgelegt. — Daniel de Condé erhielt vom Grafen Ludwig erb- und eigentümlich 200 Morgen Land gegen Errichtung von 2000 Gulden; von dem urbar gemachten Ackerland sollte er neben dem üblichen Zehnten von den geernteten Früchten einen Albus jährlichen Zins zahlen; ausdrücklich wird bemerkt, daß der Käufer das auf dem erworbenen Gute befindliche Eichenholz nicht veräußern dürfe, sondern zum Bau der notwendigen Gebäude verwenden sollte, die er und seine Erben als freie Adelspersonen bewohnen könnten. Dem Grafen war er zur Treue und Gehorsam verpflichtet, frei von der Leib-eigenheit und den damit zusammenhängenden Verpflichtungen;

auch war an den gräflichen Rentmeister der Kleine Zehnt zu entrichten, bestehend in Lämmern, Ferkeln, Gänzen, Flachs, Hanf u. a. m. Für den Weidgang seines eigenen Viehes durfte de Condé einen besonderen Platz einzäunen, während die übrigen Weidestriche der allgemeinen Benutzung freistanden; neben anderen Abmachungen ist besonders noch die Konzession der Religionsfreiheit zu erwähnen. Handwerker konnte de Condé nach Belieben an den Ort ziehen, desgleichen gegen Bezahlung des herkömmlichen Ohmgeldes eine Wirtschaft errichten, in der Bier und Wein verzapft wurde.

Zur damaligen Zeit nannte man die Glashütte, bestehend aus einem Ofen und zehn Werkstätten „Nües Glashüttenwerk obig dem Creuzwald im Warndt“; der Name Wilhelmsbrunn taucht erst einige Jahre später auf. Nach einer Selbstkostenberechnung aus dem Jahre 1628 wurde die Ansiedlung zu genannter Zeit von vierzehn Ehepaaren bewohnt, von denen zehn Familien evangelischer, drei kalvinistischer und eine katholischer Religion waren. Man fabrizierte in einer Woche an 18 000 Biergläser; das Tausend wurde mit fünf Reichstalern bezahlt. Auch Kelchgläser wurden hergestellt und zwar von zwei Kelchmachern in einer Woche bisweilen 3000 Stück; für 1000 Stück erhielt man 12½ Reichstaler.

Erst im Jahre 1630 erscheint für die junge Ansiedlung der Ortsname „Wilhelmsbrunn“. André hat uns über den Warndtort einen interessanten Bericht hinterlassen, der folgendes sagt:

„Dieses Dorf ist im Warndtbezirk gelegen und hat keinen Namen von dem Brunnen, welcher daselbst aus dem Felsen springt. Im Jahre 1618 ist noch alles Wald gewesen. 1630 ist auf Anordnung des Grafen Wilhelm Ludwig eine evangelische Kirche dahier erbaut worden, und tut der Pfarrer von Ueberherrn die Predigt alda. Dieweil nun dieser Distrikt ohnehin von altersher „Wilhelmsbronn“ genannt worden, so hat unser gnädiger Herr diesem Gebäude und Kirche denselben Namen gegeben und hat sich dieser auf seinen zweiten Taufnamen gar kein geschickt. Die Inhaber der Glashütte geben der Herrschaft jährlich 1 Albus von jedem Acker nebst dem Zehnten. Wenn etwas daselbst vorgeht an Schelworten und Schlägereien, so hat der Meier von Ueberherrn, wegen unseres gnädigen Herrn, Achtung zu geben. Am 16. Oktober 1631 ward die neue Kirche eingeweiht und zugleich Karl Jungmann — der damals Pfarrer zu Nassweiler im Warndt war —, der Gemeinde als Pfarrer vorgestellt, der zu gleicher Zeit zum Pfarrer von Ueberherrn ernannt wurde und an letzterem Orte wohnte. Vom großen und kleinen Zehnten erhielt der Graf zwei Drittel und der evangelische Pfarrer ein Drittel.“

Die Entwicklung des jungen Dorfes wurde merklich gehemmt durch den Ausbruch des dreißigjährigen Krieges, dessen Folgen sich in der ganzen Warndtgegend gewaltig bemerkbar machten. Nach Beseitigung dieser unseligen Kriegszeiten lagen auch viele Warndtdörfer in Schutt und Asche. Indessen gewinnt es den Anschein, daß Wilhelmsbrunn weniger unter den Kriegsstürmen zu leiden hatte, was aus folgendem Umstände zu entnehmen ist: Es ist uns ein Brief des Gymnastallehrers und Pfarrers Johann Philippi aus Hessen erhalten, in dem dieser seine traurige Lage dem Saarbrücker Grafen mitteilt. Neben seinem Amt als Lehrer versah er kurz nach dem Kriege außer den Pfarreien St. Arnual und Hettigen auch die entlegene Pfarre Wilhelmsbrunn; „68mal habe er in zwei Jahren den Kreuzwald mit Leibs- und Lebensgefahr durchwandert“, wos nach anzunehmen ist, daß der Ort gleich nach Kriegsende, vielleicht auch während des Krieges, bewohnt war, zumal er tief im Warndt lag, fernab von den Hauptheeresstraßen. Jedenfalls lagen die Glashütten still, da keine Absatzgelegenheit vorhanden war. Wir hören auch weiter nichts mehr in der Geschichte von dem dortigen Glashüttenbetrieb. — Hören wir weiter, was uns Köllner über den Ort und seine Verhältnisse in kirchlicher Hinsicht berichte:

„Dieser Pfarrverband — nämlich Ueberherrn und Wilhelmsbrunn — erhielt sich während der Stürme der Kriegszeiten, denn noch 1672 wurde Hg. Gräßt als Pfarrer dene-

von Wilhelmsbrunn und Ueberherrn vorgestellt. In der Reunionszeit traten alle Bewohner zur katholischen Religion über; die Kirche war zerstört."

Hier ist klar und deutlich ausgesprochen, daß Wilhelmsbrunn während der traurigen Kriegszeiten bewohnt war. Köllners Angaben über das Pfarrverhältnis von Wilhelmsbrunn werden ergänzt durch die Nachricht, „daß der Magister Reichardi von Saarbrücken wegen der traurigen Zustände im Lande, wegen der Entvölkerung desselben und wegen Mangel an Geistlichen ordiniert und neben seinem Schulamte mit der Versorgung der Pfarrreien: Eiweiler, Knorscheid, Bettingen und Wilhelmsbrunn betraut wurde. Demnach gehörte der Ort zeitweise zu einem anderen Pfarrbezirk.“

Bekanntlich waren die Saarbrücker Grafen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und anfangs des 18. Jahrhunderts sehr bemüht, den alten Wohlstand des Landes möglichst bald wieder herzustellen. Den Bewohnern verschiedener Ortschaften erteilte der Landesherren einen „Freiheitsbrief“, der große Freiheiten, Privilegien und Gnadenbeweise enthielt, wie dies beispielweise bei den Bewohnern von Wilhelmsbrunn und Klarenthal der Fall ist. In unserer Heimatgeschichte finden wir den Ort im Laufe des nächsten Jahrhunderts noch mehrmals erwähnt. So erfahren wir u. a. aus dem Exekutionsprozeß vom 5. bis 7. Februar 1762 über das zwischen dem Hause Nassau-Saarbrücken und der Abtei Wadgassen unter dem 10. Januar geschlossene Abkommen, daß in dem Orte ein fürstlicher Jäger stationiert war, der bei dem Bannbegang anlässlich des damaligen Landtauschs durch den Spießförster Peter Chilée vertreten wurde. Unter den Warndtgemeinden, die in Ausführung des genannten Vertrages auf ihre bisherigen Beholzigungs-, Weide- usw. Rechte zugunsten der Wadgassener Abtei verzichten mußten und anderweitig entschädigt wurden, wird an vierter Stelle Wilhelmsbrunn genannt.

Die Grenzregulierungspläne Wilhelm Heinrichs brachten es mit sich, daß das Dorf in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Nassau-Saarbrücken abgetrennt wurde. Im Jahre 1766 kam zwischen dem Saarbrücker Hörster und dem französischen König jener Tauschvertrag zustande, auf Grund dessen eine Abrundung unserer heimlichen Grenzen vorgenommen wurde. Durch das diesbezügliche Abkommen vom 15. Februar 1766 fielen verschiedene Dörfer und Weiler des Warndts an Frankreich, nämlich: Ueberherrn, Friedrichweiler, Unterbronner Hof, Linseler Hof, Othiesen, der fürstliche Teil von Spittel und auch Wilhelmsbrunn an Frankreich.

Während einige dieser Weiler nach den Freiheitskriegen wieder zu unserer Saarheimat kamen, blieb Wilhelmsbrunn fortan bei Frankreich. Im Laufe der Jahrzehnte verschmolz der Ort mit dem anliegenden lothringischen Grenzort Kreuzwald und erscheint in dem Grenzberichtigungsprotokoll vom 23. Oktober 1829 neben „Houve“ nur noch als Ortsteil von „La croix“ (Kreuzwald).

— r. —

Kleine politische Umschau.

Provizierte Zwischenfälle.

Der Fall Germersheim in den besetzten Gebieten hat gezeigt, daß in einem Teil der französischen Besatzungstruppen ein Geist steht, der es als besonderes Vorrecht der Besetzung betrachtet, wenn sie sich der Bevölkerung gegenüber als Herren betrachtet, der die eingezogene Bevölkerung machtlos ausgeliefert sei. Uebergriffe jeglicher Art, Anrempelungen, Mißhandlungen, Aufreizungen und selbst schwerere Bluttaten sind an der Tagesordnung, und erst in allerjüngster Zeit hat man in Mainz vernommen, daß die oberen Kommandostellen der französischen Besatzungstruppe Anweisung gegeben haben sollen, in schärfster Weise gegen Uebergriffe französischer Besatzungsangehöriger gegen die Bevölkerung des Gebietes vorzugehen. Was bei der französischen Besetzung in den besetzten Gebieten gang und gebe ist, das gilt in der gleichen Weise auch von der französischen Saarbesetzung. Auch aus dieser Tatsache könnte man den engen Zusammenhang zwischen beiden Besetzungen ohne weiteres herleiten. Nur hinsichtlich der Anweisungen der Saarbrücker Kommandostellen der Saarbesetzung ist man noch nicht soweit gekommen, wie in Mainz. Man läßt den französischen Soldaten das „harmlose Vergnügen“, die Bevölkerung zu belästigen und sie anzurempeln. Kürzlich belästigte wieder in den Abendstunden eine Truppe Soldaten unter Beteiligung Charquierter Passanten der Luisenbrücke, die aus dem Theater kamen. Die Soldaten marschierten auf der linken Seite,

ließen aber sämtlichen entgegenkommenden Personen, vor allem den Damen, in provolatorischer Absicht in den Weg und stießen sie an. Nur der Selbstbeherrschung der empöierten Zivilisten ist es zu danken, daß es nicht zu einem üblichen Zwischenfall kam. — Das sich französische Unteroftiziere an diesen Rüpelreien beteiligten, beweist, daß sich die höheren Befehlsstellen mit den Uebergriffen der französischen Soldaten gegen die Bevölkerung noch nicht befaßt haben.

Die von uns schon wiederholt vertretene Meinung, daß man sich in den französischen Offizierskreisen der Saarbesetzung im stillen darüber freut, wenn sich die französische Soldateska gegen die Bevölkerung des Saargebietes möglichst herausfordernd bemüht, weil diese allen französischen Anbiederungsversuchen schärfste Abweisung gezeigt haben, scheint sich durch diesen Zwischenfall erneut zu bestätigen. Wir sind nicht der Meinung, daß es sich hier um Vorfälle handelt, die man nicht zu tragisch nehmen soll. Die Tatsache bleibt bestehen, daß das Saargebiet dem besonderen Schutz des Völkerbundes unterstellt ist, daß sich französisches Militär zu Unrecht im Saargebiet aufhält und daß es gerade deshalb Aufgabe der Regierungskommission wäre, gegen jeden, auch den geringsten Uebergriff französischer Soldaten gegen die Bevölkerung bei den französischen Militärstellen zu protestieren. So lange das nicht geschieht, werden diese Uebergriffe nicht aufhören, und so lange wird man auch im Saargebiet nicht daran glauben, daß der Völkerbund bemüht war, vertragsmäßige Zustände im Saargebiet herzuführen.

Was die Saarregierung nach Genf berichtet.

Aus dem in Genf vorliegenden Bericht der Regierungskommission des Saargebietes ist vom Sekretariat des Völkerbundes ein Auszug veröffentlicht worden, der aus dem langen Bericht einen kurzen macht, der aber ungefähr gleich viel oder gleich wenig sagt wie dieser. Der Bericht der Regierungskommission wird immer mehr zu einem reinen Verwaltungsbereich unter möglichster Vermeidung irgendwelcher Politica. Die darin angeführten Tatsachen werden der Saarbevölkerung im allgemeinen schon bekannt sein. Bemerkenswert ist, daß in dem Bericht kein Wort über die französischen Truppen im Saargebiet gesagt ist. Einleitend wird zur Wirtschaftslage gesagt, daß diese „zurzeit noch befriedigend“ ist. Die Regierungskommission drückt aber doch ihre Besorgnis aus über das allzu rasche Steigen des französischen Franken, was eine Gefahr für den Export darstelle. Besondere Befürchtungen werden bezüglich des Kohlenexportes ausgesprochen. Die Kommission habe, wie weiter ausgeführt wird, u. a. auch zwischen der Bevölkerung und der französischen Zollverwaltung in verschiedenen heißen Fragen vermittelt, so u. a. in der Frage des Luxuszolles, die auf dem Wege der Lösung sei. Die Tätigkeit der übrigen Verwaltung wird von der Regierungskommission recht eingehend und mit ziemlich großem Zeitaufwand dargestellt. Bemerkenswertes ist jedoch aus diesen Ausführungen nicht zu entnehmen. Erwähnt sei lediglich noch, daß dem Bericht als Anhang ein Zirkularschreiben des Unterrichts-Departements an die Lehrerhaft beigegeben wurde, das eine Schrift über die Aufgabe und die Tätigkeit des Völkerbundes den Lehrern zum Gebrauch in den Schulen empfiehlt.

Wie stehts mit dem deutsch-saarländischen Luftverkehr?

Wie vor Monaten gemeldet, hat die Deutsche Luft Hansa im Hinblick auf die seit über einem Jahre erwartete Eröffnung des deutsch-saarländischen Luftverkehrs das Saargebiet bereits in ihren Fahrplan einbezogen, um jederzeit — nach Erledigung einiger Formalitäten seitens der Regierungskommission — den Flugdienst von und nach Saarbrücken eröffnen zu können.

Da das Verbot des Ueberfliegens des besetzten Gebietes durch eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich bereits im Frühjahr 1926 aufgehoben wurde, ist das größte Hindernis für die Einbeziehung des Saargebietes in das deutsche Luftverkehrsnetz beseitigt. Als die Regierungskommission im Oktober 1926 zwei Beamte zum Abschluß einer formalen Vereinbarung mit der Reichsregierung über die gegenseitige Zulassung des Luftverkehrs nach Berlin entsandte, hoffte man, daß die Angelegenheit endlich geregelt würde. Es stellte sich aber heraus, daß die Regierungskommission ihre Delegierten nicht bevollmächtigt hatte, so daß auch diese Hoffnung wiederum enttäuscht wurde. Inzwischen hört man nichts mehr, so daß der Eindruck hervorgerufen wird, als ob die Angelegenheit immer noch nicht weiter gefördert ist. In der Bevölkerung, die es begreiflicherweise nicht versteht, warum die Regierungskommission, die seit über einem Jahr von ihr erwartete Einrichtung des Flugverkehrs noch immer nicht ermöglicht hat, — der Flugplatz in Saarbrücken ist bekanntlich längst betriebsfertig —, würde es lebhaft begrüßt werden, wenn über einen positiven Fortschritt in dieser mit Interesse verfolgten Frage endlich etwas zu hören wäre.

Die Badisch-Pfälzische Luft-Hansa A.-G., die die Flugverkehrsinteressen ganz Badens und der Pfalz vertritt, hat sich nach Abschluß des deutsch-französischen Luftvertragsabkommens sofort

darum bemüht, daß auch andere Städte als Ludwigshafen, das gemeinsam mit den Städten Mannheim und Heidelberg am Flugplatz Mannheim—Neustadt beteiligt ist, in den regelmäßigen Flugverkehr einbezogen werden. Aller Voraussicht nach wird es auch gelingen, die Stadt Kaiserslautern durch eine regelmäßige Verbindung von Saarbrücken über Kaiserslautern zum Flugplatz Mannheim—Heidelberg—Ludwigshafen anzufliegen und auf diese Weise auch Kaiserslautern und den umliegenden Städten eine direkte Verbindung mit München zu verschaffen, da die genannte Linie im Flughafen Mannheim—Heidelberg—Ludwigshafen Anschluß an die von dort ausgehende Verbindung nach München finden wird.

Kleine Tageschronik.

Beobachtungen eines Saarlaufmanns über den französischen Franken.

Von Hermann Sender, Saarbrücken, in der „Volksstimme“ Saarbrücken.

Sphing: Der französische Frank.

Wenn du dich auf eine Reise begibst, lasse den Frank nicht unbeaufsichtigt: er gleicht einem kleinen Kinde. Man soll auch „ihn“ nicht allein lassen.

Frage nie einen Devisenhändler etwa: Was soll ich „machen“?! Er ist entweder gleich der augenblicklichen Lage la hausse oder a la baisse! Gegebenenfalls tue das Gegenteil, wenn du absolut das Bedürfnis hast, „einzusteigen“. Dann hast du jedenfalls die Genugtuung, dein eigener Ratgeber gewesen zu sein. Zweifellos machst du es auch dann verkehrt.

Die Frage, wie du „weitsichtige Geschäfte“ abschließen sollst, ist schwer zu beantworten. Am besten ist es, sowohl in Zeiten der Depression wie in Zeiten der Hochkonjunktur keine Geschäfte auf lange Sicht abzuschließen.

Wenn Poincaré einmal stirbt, ist für seine Grabinschrift seitens der Saarländer eine Inschrift beabsichtigt, lautend: „Wir wissen alle, was wir an dir verloren haben“.

Der französische Frank ist ein großer Zaubertränkler: ohne dich zu berühren verwandelt er dir zum Beispiel 1000 Mark in 6000 Fr. oder 1000 Mark in 12 000 Fr. Das Rezept ist bei Poincaré zu erfragen.

Fremdwörter: Kein Fremdwort ist jemals im Volle so bekannt geworden wie das Wort „Baluta“. Mancher glaubt, es wäre damit ein italienischer Frauenname gemeint.

Gymnastik: Ob „Er“ fällt oder ob „Er“ steigt, ob man „schießt liegt“, für viele Saargenossen eine Schicksalsfrage.

Termin: Gar mancher „Schuldbeladene“ steht einem gerichtlichen Termin mit weniger Herzklöpfen entgegen, als einem Devisentermin.

Morgan und Genossen: Er hat zweifellos das größte Personal der Erde; auch du bist für ihn beschäftigt.

Ehe: Die Mark und der französische Frank sind seit langer Zeit unglücklich miteinander verheiratet. Für die Jahre 1923 und 1926 gilt dies besonders. Noch nie hatten sich beide so weit „voneinander entfernt“.

Aviatik: Ungeachtet, daß Saarbrücken in den Flugschränen figuriert, kannst du bis jetzt noch nicht z. B. nach Frankfurt — ein Flugzeug hier besteigen. Willst du jedoch unbedingt noch vorher fliegen, so mache bei dem Saarlaufmann jetzt Osserte.

Berlin—Saarbrücken.

Vom Berliner Lehrergesangverein wurde der „Saarbr. Zug.“ geschrieben:

Der Berliner Lehrergesangverein, der im Sommer 1925 beglückende Tage mit der Saarbrücker Bevölkerung verleben durfte, hat in den Tagen vom 14. bis 17. Januar 1927 sein 40. Stiftungsfest gefeiert und mit ihm die Weihe seines neuen (ersten) Banners verknüpft. Er hat der ganzen Feier den Charakter eines Grenzmarktfestes gegeben und zu ihm die Vertreter aller jener Gebiete eingeladen, die er auf seinen 7 Grenzfahrt in den Jahren 1920 bis 1926 besucht hat. In großer Zahl waren sie gekommen, an die 50 Vertretungen von Verbänden und Vereinen aus Ostpreußen, Oberschlesien, dem Rheinland, Schleswig, aus der Thüringen. Mit besonderer Freude aber erfüllte es den Jubelverein, daß eine liebe Veritetung aus dem Saarlande eingetroffen war: Schulrat Bongard, der Vorsitzende des Saarsängerbundes, Herr Werner, der 2. Vorsitzende vom Saarbrücker M.-G.-V. und Frau Klara Roos aus Saarbrücken, unser

außerordentliches Mitglied, das uns 1925 beim Durchzug durch die Kaiserstraße in Saarbrücken so herzlich durch Schwenken einer Fahne begrüßt hatte und später durch Pfarrer Reichard ein wundervoll gesticktes Fahnenband für unser neues Banner überreichen ließ. — Nun konnte sie hier in Berlin dieses Geschenk selbst am neugeweihten Banner befestigen und dazu die folgenden warmempfundenen Worte sprechen:

Fern von der Saar komm' ich ins märl'sche Land,
Um mich mit euch des sel'n'nen Fest's zu freuen,
Das neue Banner schmück' dies Fahnenband,
Das Freundschaftsband zu stärken, zu erneuen.

Vor vier Jahrzehnten schuf der Vater Schar
Den schönen Kreis, das deutsche Lied zu pflegen,
Es bleibe euer Bund treudeutsch und wahr
Und dazu gebe Gott euch seinen Segen!

Im Lied bewahrt treudeutsche Art,
Dies Wort soll stehen, soll sich niemals wandeln,
Und nun Glück auf! zur weiteren Ruhmesfahrt!
„Das Höchste ist der Geist, aus dem wir handeln!“

Die Worte lösten bei der nach Tausenden zählenden Festgemeinde im Marmorsaal des „Zoo“ in Berlin brausenden Beifall aus. Sie festigten sponian das Band der Treu, das die Sänger des Saarlandes und die Berliner umschlingt. — In zwei Festkonzerten gaben die Berliner ihren lieben Gästen aus der Fremde Proben ihrer Kunst zu hören. Die Behörden aber nahmen am Feste, seine Bedeutung als Grenzmarktfest wohl würdigend, regen Anteil. Beim Festakt erhielten den Verein Reichsminister Kühl, Oberbürgermeister Böß, der Oberpräsident der Provinz Ostmark v. Bülow durch Glückwunschaussprüchen. Nur gar zu gern vernahmen die Berliner Lehrer die oft gesprochene Einladung: Kommt bald wieder in die Grenzlande.

Saarbrücken.

Interessante Einblicke in die saarländische Verkehrsentwicklung läßt der Jahresbericht tun, der in der Jahresversammlung des Automobilclubs des Saargebiets vom Geschäftsführer Martin erstattet wurde. Der Klub zählt jetzt über 1700 Mitglieder, die mit der Steuerabstufung von der Regierungskommission versiegte Absicht einer allmählichen Vereinigung der vollgummibereisten Wagen hat sich in größerem Umfang verwirklicht. Am 31. Dezember gab es nach der Aufstellung des Automobilclubs 1166 luftbereiste Last- und Lieferwagen und 96 gemischtbereiste, insgesamt also 1264, während nur noch 538 vollgummibereiste vorhanden waren. Der Bericht stellt fest, daß der Ausbau des Straßennetzes im Saargebiet, wie es durch die von den Automobilbesitzern erhobenen Strafenabnahmgebühren gefordert worden ist, unter der tatkräftigen Leitung des Straßenbauamtes im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Besonders hervorgehoben wird die durchgehend gepflasterte Kaiserstraße bis Homburg. Hinsichtlich der von der Regierungskommission geplanten Schaffung einer besonderen Kraftwagenbahn Saarbrücken—Neunkirchen—Homburg steht der Klub auf dem Standpunkt, daß bei dem jetzigen ausgezeichneten Zustand der Kaiserstraße der Bau einer besonderen Straße bis Homburg vorläufig für nicht besonders dringlich bezeichnet werden kann. Um so mehr gelte aber dies für die Strecke durch das Sulzbachtal bis Neunkirchen. Eine Reihe weiterer Gründe forderte die Errichtung einer Kraftwagenbahn, d. h., einer Straße, auf der nach der Auslassung des Landeshauptmanns der Rheinprovinz die Kraftwagen niveaufrei und dadurch mit ganz besonderer Bequemlichkeit und Schnelligkeit fahren können. — Die lekte Vierteljahrsstatistik der Saarbrüder Standesämter stellt gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einen Geburtenübergang um 11 Prozent fest, während gleichzeitig die Sterbefälle um 13 Prozent gestiegen sind. Insgesamt wurden bei den hiesigen Standesämtern 531 Geburten, 357 Sterbefälle, 33 Totgeburten und 334 Eheschließungen verzeichnet, von welchen letztere 23 sich auf ausländische Staatsangehörige bezogen. Der Überschuß von Geburten gegenüber den Sterbefällen hat sich von 282 auf 174 verringert. Im ganzen abgelaufenen Kalenderjahr 1926 wurden 2953 Geburten, 1388 Sterbefälle, 104 Totgeburten und 1180 Eheschließungen (93 ausländische) verzeichnet. Gegenüber dem Kalenderjahr 1925 sind die Geburten um 5 Prozent zurückgegangen, die Sterbefälle um 10 Prozent gestiegen. Auch in diesen Zahlen drückt sich die unglaublichen Folgen des wirtschaftsfeindlichen Notstandes aus, wie er immer mehr die Bevölkerung erfaßt. — Der 21jährige Prokurist Bill von hier ist bei einer Paddelfahrt in der Blies bei Webenheim ertrunken. — In einem Schreiben an die Stadtverwaltung regt der Kreiskriegerverband Saarbrücken an, daß auch Saarbrücken für seine auf dem Felde der Ehre geblichenen Helden

ein sichtbares Zeichen des Dankes, der Anerkennung und der Ehrung errichten möge. Der Vorstand des Verbandes habe in seiner Sitzung vom 20. d. M. einstimmig beschlossen, mit einem entsprechenden Wunsche an die Stadtverwaltung heranzutreten, wobei der Verband die Erklärung abgibt, "dass der nahezu 10 000 Mitglieder zählende Kreis-Kriegerverband Saarbrücken bereit ist, in Gemeinschaft mit der Verwaltung und dem Parlament unserer Stadt, mit der Turner- und Sängerschaft, sowie anderen in Frage kommenden Organisationen und Körperschaften an dieser ehrenvollen Aufgabe mitzuwirken."

Rentrisch. Die Stadt Saarbrücken hat eine Vermehrung der Wasserzuflüsse in die Wege geleitet, indem sie neben dem Güldinger Wasserwerk ein neues großes Wasserwerk mit Pumpstation in unserem sehr wasserreichen Tale errichtet. Zur Erhöhung von größeren Wassermengen wurden Bohrlöcher von 42 Zentimeter Durchmesser bis zu 80 Meter Tiefe angelegt, welche nach fachmännischen Feststellungen einen großen Wasserzufluss bewirken. Nachdem die Bohrtürme beseitigt waren, ist man nun schon mit der Errichtung der Gebäuleichten dieses großen Pumpwerkes beschäftigt. Auch für unsere Landwirtschaft wird die Errichtung dieses Pumpwerkes von größtem Nutzen sein, weil bisher das sich von St. Ingbert bis Saarbrücken erstreckende Tal besonders in Rentrisch fast das ganze Jahr hindurch auch bei wenig Regen unter Wasser steht und so ein Gediehen des Grases behindert. Man hofft nun, durch die Errichtung dieses großen Wasserwerkes und mit Hilfe des schon etwas unterhalb stehenden Sulzbacher Wasserwerkes das Rentrischer Tal soweit trocken zu legen, dass das zu erntende Futter sowohl an Qualität wie auch an Quantität gewinnt.

Karlsbrunn. Die Obersförsterei Karlsbrunn lässt jetzt im Karlswald ein Wildgatter anlegen und setzt Rotwild hinein, um auf diese Weise den seit Kriegsende stark gesunkenen Stand an Rotwild wieder zu heben.

Geislautern. Seinen 75. Geburtstag konnte Herr Johann Schmadel begehen. An seinem Ehrentage wurde ihm vom Gesangverein "Saargold" ein Ständchen gebracht. — Die Bergverwaltung lässt gegenwärtig das Wäldchen an der Ludweiler Straße vor der Berginspektion abholzen. Nach Entfernung des hügeligen Geländes sollen dort gärtnerische Anlagen und Treibhäuser geschaffen werden.

Fischbach-Kamphausen. Auf eine 50jährige Berufstätigkeit konnte dieser Tag der Bergmann Jakob Minich von hier zurückblicken. 47 Jahre lang arbeitete er in der Grube und bis heute macht er täglich seine Schichten über Tage weiter. Dem noch tüchtigen Knappen fürderhin ein herzliches "Glückauf".

Reden. Das allbekannte Bahnhofshotel Reden (früher Wirtschaft Strauß, jehiger Besitzer Thiel) hat ein neues prächtiges Gewand erhalten, das unter Leitung des Architekten Dipl.-Ing. Stochhausen in ganz moderner Aufmachung geschaffen wurde.

Illingen. Der hiesige Handwerkerverein hat seinen drei ältesten Mitgliedern des Vereins in Anerkennung ihrer Verdienste Ehrenurkunden überreicht, und zwar an Peter Dörr, Bädermeister; Wendel Kehler, Klempnermeister und Edmund Emanuel Schuhmachermeister. — Im Alter von sechzig Jahren ist hier genau 8 Tage nach dem Tode seiner Gattin Herr Johann Brüdmann gestorben. Vor drei Jahren konnte er das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Er war über fünfzig Jahre in der Seifensiederei Alf tätig, und wurde seinerzeit am Tage seines 50jährigen Jubiläums mit einer Denkmünze ausgezeichnet.

Nunkirchen (Rustkreis Wadern). Zwischen den Stationen Büschfeld und Nunkirchen wurde ein Attentat auf einen Personenzug (6.37 ab Nunkirchen) verübt, das erfreulicherweise missglückte. Kurz vor dem Straßenübergang waren drei Holzschwellen auf das Gleise gelegt worden, um den Personenzug zum Entgleisen zu bringen. Die Maschine stieß das Hindernis beiseite, eine Schwelle geriet in den Schienenträger. Da der Zug nur eine mäßig Geschwindigkeit hatte, konnte er rasch zum Stehen gebracht werden. Es ist keinerlei Schaden zu verzeichnen.

Homburg. Im Alter von 83 Jahren ist der Kriegsveteran 1860, 1870-71 Bernhard Hirsch gestorben. Er wurde unter Teilnahme seiner Kameraden zur letzten Ruhe bestattet.

Bliestastel. Im Sommer d. J. voraussichtlich im Juli, soll hier ein Heimattag veranstaltet werden, bei dem man sich das Beispiel des so glänzend verlaufenen Obermoschler Nordpfälzer Heimatfestes (Pfingsten 1926) zum Vorbild nehmen will. Wie dort, soll auch hier ein Heimatabend mit Gesang und Rede das Fest einleiten, ein Kirchgang am Sonntag, der Gang zum Friedhof und das Volksfest den Haupttag ausfüllen. Theater und Festzug sollen nicht fehlen. Man hofft auf die Anwesenheit aller Bliestaster aus Nah und Fern.

Niederwürzbach. Der Gutsbesitzer Rudolf Kröll vom Annahof, ist im Alter von 51 Jahren verstorben. Er bewirtschaftete seit 1916 den Annahof und war ein bekannter Führer in der saarländischen Landwirtschaft. Seine Beerdigung fand unter zahlreicher Teilnahme statt.

Altentessel. Zu Grabe getragen wurde ein alter Veteran des ehemaligen Rechtsschutzvereins und späterer christlicher Gewerkschafter, der Pensionär Joh. Nik. Jung. Unter dem Namen "Bettler Schengel" war er allen bekannt als langjährig treuer Bote im katholischen Arbeiterverein. — Im Verlauf eines Wortwechsels zwischen dem Grubenhüter Reinert und dem pensionierten Bergmann Wilhelm Ries gab ersterer auf Ries einen Revolverschuss ab, der diesem in den Leib drang und ihn schwer verletzte. Reinert wurde festgenommen. Er behauptet in Notwehr gehandelt zu haben, was aber von einem Begleiter des Ries bestritten wird. Beide hatten sich auf dem Nachhauseweg befunden und Ries sei ohne Ursache von Reinert angerempelt worden.

Heusweiler. Jacob Bick aus Bergweiler bei Hausweiler zog sich durch einen unglücklichen Sturz einen Bruch der Schädeldecke zu, so dass er daran starb.

Pflugsheid. Das Wohnhaus des Herrn Speicher mit Obstgarten und zwei Baustellen an der Kurze Straße ging durch Kauf in den Besitz des Bergmanns Karl Presser über.

Sulzbach. Die hiesige katholische Kirchengemeinde beabsichtigt noch in diesem Jahre mit dem Neubau der Kirche zu beginnen, für die vorläufig zwei Baustellen, eine in der Sulzbachstraße bei Sulzbach und eine andere in der Hauptstraße zur Auswahl stehen. — Die Gruppe hat in der Bürgermeisterei Sulzbach im Monat Januar über 30 Todesopfer gefordert. Dadurch ist die Sterblichkeitsziffer um mehr als 100 Prozent gegenüber dem Januar des Jahres 1923 gestiegen.

Personalnachrichten.

Auszeichnung verdienter Feuerwehrleute. Von der Feuerwehr Spiesen wurden für 40jährige Zugehörigkeit zur Wehr der Feuerwehrmann H. Holzer mit der Ehrenurkunde des Preußischen Provinzialfeuerwehrverbandes sowie mit einer goldenen Auszeichnung am schwarz-weiß-roten Bande des Preußischen Landessauerwehrverbandes nebst Bestzeugnis ausgezeichnet. Weiter erhielten 12 Wehrleute für 25jährige Zugehörigkeit silberne Medaillen, sowie 2 Wehrleute für 20jährige Zugehörigkeit zur Wehr von der Gemeinde gestiftete Taschenuhren.

Sein 25jähriges Organisten- und Küsterjubiläum konnte am 15. Januar Organist Schnidler in Landsweiler begehen. Der Jubilar ist auch langjähriger Dirigent des katholischen Kirchenchores, der ihm an seinem Ehrentage ein Ständchen darbrachte.

Nach 20jähriger treuer Dienstzeit als Polizeibeamter in Ober-Wöllingen ist kürzlich der Polizeisergeant Friedrich Dierer in Ober-Wöllingen gestorben. Er gehört zu den alten Kriegsveteranen von 1870/71. In den Reihen des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments machte er diesen Feldzug mit, behielt aber durch Armbusch eine lahme Hand zurück. In seiner langjährigen pflichtstrengen Tätigkeit hat er sich in allen Schichten der Bevölkerung Achtung und Anerkennung erworben. Den alten "Bettler Fritz" kannte und achtete jeder, weil er wußte, dass er es gut meinte. Groß war die Zahl der Leidtragenden, die seinem Sarge folgten.

Sein 50jähriges Bergmannsjubiläum konnte Mitte Januar der Bergmann Jacob Minich in Fischbach begehen. 47 Jahre hat dieser berufstreue Knabe in der Grube gearbeitet, während er in den letzten drei Jahren über Tage beschäftigt war.

Minister Kohmann wurde in diesen Tagen von einem schweren Trauerfall heimgesucht. Seine Mutter in Eppelborn wurde unter zahlreicher Beteiligung zu Grabe getragen. An der Trauerfeier beteiligte sich die Saarregierung, die Knappschäfts- und die Bergwerksdirektion.

Im Alter von 86 Jahren starb der im Saargebiet bestens bekannte Fabrikant Adolf Antes. Er war Kriegsveteran von 1870/71 und ein alter guter Deutscher in des Wortes bestem Sinne.

Zum Landeshauptmann von Nassau wurde der am 3. April 1879 zu Saarbrücken geborene Wilhelm Lutsch gewählt, der zuletzt Stadtrat in Frankfurt a. M. war. Seine Wahl erfolgte durch die republikanischen Parteien. Lutsch gehört dem Zentrum an.

Justizrat Ausschneider in Homburg, der fast 37 Jahre das Notariatsamt inne hatte, ist im Alter von 77 Jahren von diesem Amt zurückgetreten. Justizrat Ausschneider erfreut sich allgemeiner Achtung. Zu seinem Nachfolger wurde von der Regierungskommission Amtsgerichtsrat Bügler bestellt.

Auf eine 45jährige Berufstätigkeit konnte der Maschinenmeister Jacob Ziegler in Wiesbach zurückblicken. Er ist als Meister auf der Grube Göttelborn beschäftigt.

Amtsrichter Nöldde †. In den Kreisen der alten Saarlouiser aus den neunziger Jahren wird die Kunde Anteilnahme erwecken, dass der langjährige Saarlouiser Amtsrichter Nöldde als Geh. Justizrat in Osnabrück gestorben ist. R. I. P.

Ein alter Veteran des Feldzuges 1870/71, Herr Mathias Brill in Wiesbach ist im Alter von 82 Jahren verstorben. Als einfacher schlichter Bergmann mit frommem gläubigem Herzen ist er seinen Lebensweg gegangen. Sein Leben war Mühe und Arbeit. Wenn er sich auch körperlich in den letzten Jahren nicht mehr so besonders fühlte, so war sein Geist doch noch bis kurz vor seinem Tode frisch und lebendig. Ueber 30 Jahre hat er der katholischen Kirchengemeindevertretung angehört und selten eine Sitzung versäumt. 1922 konnte er noch unter allgemeiner Anteilnahme sein goldenes Ehejubiläum begehen. Während des Krieges hat er einen Sohn vor dem Feinde verloren. An seinem Grabe trauern 5 Kinder, 27 Enkel und 4 Urenkel.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten Kaufmann A. Kahn-Löb in Merzig, Kaiserstraße, die Eheleute Jacob Naumann und Angela Michels in Dudweiler, die Eheleute Peter Meyer-Breuer, die Eheleute pensl. Bergmann Heinrich Sers und Margarete, geb. Speicher, sowie die Eheleute Johann Schmer, sämtlich in Püttlingen, die Eheleute Johann Paulus-Landner in Hülzweiler.

Das Fest der silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Johann und Anna Schwarz in Sulzbach, die Eheleute Bergmann Mathias Thielchen und Anna Schwarz in Dudweiler, die Eheleute Peter Mahburg und Anna, geb. Kastel, in Bouis.

*

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Anna Rieh, geb. Gillenberg, 70 Jahre; Noah Noah Quadratstein, 67 Jahre; Frau Sophie Mohr, geb. Leonhard, 42 Jahre; Nik. Junk, 80 Jahre; Julius Kauffmann, 41 Jahre; Hermann Horbach, 35 Jahre; Frau Wwe. Josef Drost, Célestine, geb. Schüller, 67 Jahre; Heinrich Meyer; Frau Wwe. Nicolaus Conrad, 70½ Jahre; Peter Stoll, 73 Jahre; Michael Schönewald, 62 Jahre; Frau Katharina Eggle, geb. Kubig, 69½ Jahre; Wilhelm Meyer, 63 Jahr; Frau Witwe Johanna Sofie Joachum, geb. Hölzheber, 68 Jahre; Friedrich Pees, 44½ Jahre; Christoph Bröker, 67 Jahre; Fräulein Lina Ries, 67 Jahre; Frau Witwe Franziska Boullay, geb. Schneider, 77 Jahre; Frau Witwe Karoline Zehl, geb. Flaccus, 77 Jahre; Nikolaus Prechmann, 40 Jahre; Frau Witwe Karoline Becker, geb. Michler, 81 Jahre; Erich Hamm; Frau Witwe Ludwig Goedike, geb. Luise Bauer, 81 Jahre; Kaufmann Heinrich Grimm, 45 Jahre; Frau Witwe Eisenbahn-oberinspektor Helene Bode, geb. Lenninger, 58 Jahre; Wilhelm Schmidt, 84 Jahre; Friedrich Schmidt, 84 Jahre; Ewald English, 47 Jahre; August Fels, 61 Jahre; Bernhard Schloß; Bankier Carl Braun, 77 Jahre; Heinrich Lippard, 72 Jahre; Alons Kirch, 36 Jahre; Frau Christine Bloch, geb. Germesin; Frau Klara Koch, geb. Steil, 42 Jahre; Frau Karl Jost, geb. Bomm, 46 Jahre; Johann Eichner; Hermann Mahler, 39 Jahre; Frau Witwe Margarete Kläss, 72 Jahre; Fräulein Kath. Braun, 37 Jahre; Gustav Kett, 89 Jahre; Witwe Charlotte Lawinger, geb. Eitling, 74 Jahre; Frau Witwe Katharina Leistenschneider, geb. Lentz, 70 Jahre; Frau Maria Brutschier, geb. Spang, 74 Jahre; Frau Maria Nenno, geb. Jungmann, 78 Jahre; Willi Reinert, 23 Jahre; Frau Witwe Katharina Höfner, geb. Kuhn, 72 Jahre; Johann Eichner, 41 Jahre; Frau Margarethe Klein, geb. Wagner, 57 Jahre; Schiffer Philipp Bayer, 87 Jahre; Frau Elisabeth Deines, geb. Weishaupt, 84 Jahre; Frau Katharina Heinck, geb. Heinz, 55 Jahre; Erich Hoffmann, 47 Jahre; Frau Witwe Maria Weintraub, 65 Jahre. — Brehbach: Frau Barbara Mann, geb. Henig, 74 Jahre. — Bischmisheim: Erich Hamm, 20 Jahre. — Schasbrücke: Frau Bertha Krackenberger, geb. Welich, 32 Jahre. — Scheidt: Peter Werner, 71 Jahre; Frau Witwe Margarete Ederle, geb. Lorenz, 77 Jahre. — Fechingen: Frau Witwe Margarete Altpeter, geb. Leber, 78 Jahre; Daniel Kunkel, 88 Jahre. — Güdingen: Witwe Johann Schaefer, geb. Mohr, 72 Jahre. — Bad Rüchingen: Peter Schreiner, 30 Jahre; Johann Nikolaus Bur, 73 Jahre. — Luisenthal: Frau Witwe Johann Stühly, geb. Bidot, 66 Jahre. — Altenkessel: Christian Ferdinand, 67 Jahre. — Klarenthal: Christian Krammer, 61 Jahre. — Böllingen: Frau Hildegard Ries, geb. Wagner, 33 Jahre; Frau Witwe Katharina Lang, geb. Lillig, 76 Jahre. — Haugard: Frau Wilhelm Hanauer, geb. Kath. Tont, 49 Jahre. — Neuweiler-Sulzbach: Eugen Jost. — Büttlingen: Joseph Moritz, 69 Jahre; Witwe Karl August Meikner, geb. Maria Julia Breit; Peter Bohmann, 78 Jahre. — Heusweiler: Frau Gertrude Kahn, geb. Hirsch. — Riepelsberg: Frau Wwe. Obersteiger L. Wasimuth, Sophie geb. Schley, 81 Jahre. — Herrensohr: Gustav Sikkemann, 53 Jahre. — Sulzbach: Emmy Jüngens; Frau Wilhelmine Wilhelm, geb. Rix, 66 Jahre. — Altenwald: Jakob Mosek, 80 Jahre. — Alsbach: Matthias Quirin, pensl. Kolser, 74 Jahre. — Elversberg: Frau Katharina Zimmer, geb. Spengler, 42 Jahre. — Bildstock: Frau Johann Jakob Fend, geb. Tochum, 58½ Jahre. — Friedrichsthal: Frau Adam Gassett, Wilhelmine geb. Klein, 57 Jahre. — Neunkirchen: Ludwig Zang, 71 Jahre; Sanitäts-

rat Dr. Hugo Langguth, 58 Jahre; Frau Elise Reih, geb. Förster, 49 Jahre; Frau Anna Heilbrunn, geb. Höhler, 43 Jahre; Frau Wwe. Jakob Ley, Luise geb. Saar, 47 Jahre; Peter Peter, Frau Karoline Sutor, geb. Els, 61 Jahre; Frau Wwe. Philipp Müller, Luise geb. Sorg, 84 Jahre; Frau Karoline Hallinger, geb. Braun, 70 Jahre; Peter Schaefer, 69 Jahre; Wwe. Bernhard Eisenbeiß, Luise geb. Schmidt, 75 Jahre; Philipp Anschütt, 62 Jahre. — Wiebelskirchen: Frau Luise Hofmann, geb. Früh, 47 Jahre; Konstantin Traber, 60½ Jahre. — Ottweiler: Philipp Ritschar, 79 Jahre; August Friedrich, 16 Jahre; Zigarrenfabrikant Adolf Andesen, 85 Jahre; Frau Charlotte Roth, geb. Björdt, 65 Jahre; Frau Katharina Jung, geb. Wagner, 63 Jahre; Johann Schmitt, 58 Jahre; Frau Wwe. Wilhelmine Willi, geb. Diesel, 79 Jahre. — Schmalbach: Frau Rebella Goldberg, geb. Wittgenstein, 90 Jahre. — Saarlouis: Frau Josef Bales, Maria Anna geb. Helsen, 45 Jahre; Nikolaus Heil, 92 Jahre; Frau Wwe. Josef Greweiling, Maria geb. Hoesel, 76 Jahre. — Graulautern: Peter Bertinchamp, Elisabeth geb. Schäfer, 58 Jahre. — Nehlingen: Frau Wwe. Peter Heinrich, Margaretha geb. Hektor, 78 Jahre. — Lisdorf: Josef Breininger, 22 Jahre. — Saarwellingen: Johann Van, 40 Jahre. — St. Ingbert: Frau Karoline Günther, geb. Gebhardt, 38 Jahre; Frau Eva Seegmüller, geb. Schleppi, 70 Jahre. — Niederrürzach: Rudolf Kröll, 51 Jahre. — Weisenheim: Frau Ludwig Ambos, Wwe., Susane geb. Schunk, 57 Jahre.

Kirche und Schule.

Der Schulausbau für die höheren Lehranstalten der Stadt Saarbrücken hat die Gründung eines Oberlyzeums neuer Art in Anlehnung an die Realgymnasiale Studienanstalt der Auguste-Viktoria-Schule ab Ostern 1927 beschlossen. Mit diesem Bechluß ist die Stadt Saarbrücken zweifellos dem Bildungsbedürfnis weiter Kreise gerecht geworden.

Steigende Schülerzahl in Neunkirchen. In Neunkirchen zeigt jetzt die Schülerfrequenz, die in den Nachkriegsjahren merklich gesunken war, wieder einen erfreulichen Aufstieg. Die vor einigen Tagen vorgenommenen Anmeldungen der zu Ostern aufzunehmenden Schulneulinge ergaben eine bedeutend größere Zahl als die Aufnahme in den Vorjahren. So muß beispielsweise in einem nicht allzugroßen Schulsystem wieder eine Trennung der beiden unteren Jahrgänge vorgenommen werden, denn die Schulneulinge werden allein eine volle Lehrkraft für sich beanspruchen. Die wiederholt hier in Neunkirchen laut gewordene Absicht, einen Schulklassenabbau in die Wege zu leiten, wird nun endlich aufgehoben werden. Da die Schulgemeinde nur mehr für die lachischen Lasten aufzukommen hat, darf es für sie eine Genugtuung sein, zu erfahren, daß der heutige unter viel angenehmeren Verhältnissen arbeitende Lehrkörper bessere Erfolge erzielt, als dies früher bei überfüllten Schulklassen möglich war.

Ein eigenartiges Licht auf die kulturelle Einstellung der Saarregierung waren Ausführungen, die der Bürgermeister von Dillingen in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung über die finanzielle Notlage der Gemeinde machte. Der Bürgermeister erklärte, daß sowohl das Gymnasium, als auch die höhere Mädchenschule Zuschüsse erforderne, die die Leistungsfähigkeit der Gemeinde bei weitem übersteigen. Schuld daran sei, daß trotz der gleichbleibenden Lasten die Zuschüsse der Regierung zum Gymnasium von Jahr zu Jahr geringer geworden seien. Während sie 1923 noch 23,3 Prozent der Ausgaben bestritten hatten, seien sie 1924 auf 15 Prozent, 1925 auf 12 Prozent und 1926 auf 9 Prozent der Ausgaben gesunken. Dementsprechend seien die Ausgaben der Gemeinde gestiegen von 317 721 Fr. im Jahre 1925 auf 501 500 Fr. im Jahre 1926. Alle Vorstellungen und Schreiben, bei der Regierung einen erhöhten Zuschuß zu erhalten, seien vergeblich gewesen. Diese Ausgaben seien jedoch untragbar, sie stellten für die Gemeinde 30 Prozent der Gesamtumlagen dar. Die gemeindlichen Ausgaben für den Schüler seien von 1923 bis 1926 von 703 Fr. auf 1624 Fr. im Jahr gestiegen. Die Aussprache zwischen den einzelnen Parteien brachte die übereinstimmende Ansicht, daß nur sofortige Abhilfe durch die Regierung helfen könne. Es sei Aufgabe des Staates, für die Bildung zu sorgen, zumal der Staat den Gemeinden fast alle Steuerquellen verschlossen habe und sie heute auf Viehsgaben angewiesen seien. Man wolle von der Regierung nicht einen Zuschuß erbitten, sondern man fordere im guten Recht einen angemessenen Beitrag zum Unterhalt. Es wird schließlich eine Kommission gewählt, die in den nächsten Tagen bei der Regierung vorstellig werden soll, daß nicht allein die Zuschußfrage für 1925 und 1926 geregelt werde, sondern das die Regierung für 1927 ganz bestimmte Zuschüsse gebe und sich grundsätzlich äußere, wie sie sich zu der Verstaatlichung der Anstalt stellt. Falls keine greifbaren Ergebnisse erzielt werden sollten, steht sich der Gemeinderat veranlaßt, nach anderen Mitteln und Wegen zu suchen, die untragbaren Lasten von der wirtschaftlich schwer be- drängten Bürgerschaft abzuhalten.

Saarwirtschaftsleben.

Deutsch-saarländischer Warenverkehr.

Das zweite Saarzollabkommen vom 6. November ist erst Anfang Dezember in Kraft gesetzt worden, es kann daher auch erst in der Dezemberstatistik über den deutsch-saarländischen Warenaustausch zur Geltung gelangen. Die Reichsstatistik über den auswärtigen Handel Deutschlands, unter den auch der Verkehr mit dem Saargebiet verzeichnet wird, liegt jetzt bis Ende November vor. Die Zahlen werden einen Vergleich ermöglichen, ob das letzte Saarzollabkommen zu einer Belebung des deutsch-saarländischen Warenaustauschs führt. In der Zeit von Januar bis einschließlich November 1926 hat das Reich der Menge nach 8 899 279 dz Waren in das Saargebiet eingeführt, während die Ausfuhr des Saargebiets in das Reich 16 158 509 dz umfasste, also dem Gewicht nach fast das Doppelte. Von der deutschen Einfuhr in das Saargebiet entfallen auf Erzeugnisse der Forst- und Landwirtschaft 1 707 283 dz (zumeist Hölzer, Roggen und Weizen), auf mineralische und fossile Rohstoffe 6 288 339 dz, auf Erzeugnisse der Eisenindustrie 243 968 dz. An der Spitze der saarländischen Ausfuhr steht der Menge nach die Saarkohle. Von Januar bis November wurden 8 788 195 dz Saarkohlen in das Reich abgebracht. Diese Ausfuhr, die sich ziemlich gleichmäßig gestaltete, hat seit dem Monat Oktober einen auffallenden Rückgang erfahren, der wohl mit der übertriebenen Preispolitik der französischen Grubenverwaltung im Zusammenhang stehen dürfte. Sind doch die Preise für die Saarkohle jetzt über die deutschen Preise und auch über die Weltmarktpreise hinausgetrieben. Die durchschnittliche Monatsausfuhr betrug für die ersten zehn Monate des vergangenen Jahres 845 065 dz. Im Oktober betrug die Ausfuhr nur 521 941 dz gegenüber 934 145 dz im September. Die Ausfuhr ist im November weiter auf 337 537 dz gesunken, was darauf hindeutet, daß der Absatz der Saarkohle im Reich sich weiterhin auf der abschwellenden Linie bewegt. Die saarländischen Eisenindustrie führt in der Zeit von Januar bis November folgende Mengen ihrer Erzeugnisse nach dem Reich aus: 205 087 dz Roheisen, 240 858 dz Röhren, 495 193 Doppelzentner Kohluppen, 851 864 dz Träger, 1 026 139 dz Stabeisen, 316 448 dz Bandeisen, 240 851 dz Bleche und 1 125 102 dz Schienen. Insgesamt beläuft sich der Absatz der saarländischen Eisenindustrie nach dem Reich von Januar bis November auf 5 177 051 dz, während vom Reich nur 243 968 dz Eisenerzeugnisse eingingen. Die Einfuhr an Eisenerz aus dem Reich beläuft sich auf 1 255 601 dz, an Steinkohlen auf 1 929 431 dz, an Röls auf 565 813 dz. Die Ausfuhr der saarländischen Tonwaren- und Glasindustrie beträgt 573 025 dz. Auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung und des sonstigen Lebensunterhaltes ist der Warenaustausch mit dem Reich nur gering. Hier hat der Zollabschluß eine Umstellung des Warenbezugs für die Saarbevölkerung erzwungen. Es bleibt abzuwarten, ob das jüngste Saarzollabkommen in Verbindung mit dem deutsch-französischen Handelsprovisorium die zollpolitische Lage des Saargebiets wirklich wesentlich erleichtern wird, bis die Rückkehr zum Reich wieder den natürlichen Ausgleich bringt.

Rheinischer Kredit für das Saargebiet. Wie wir zuverlässig erfahren, hat sich die Landesbank der Rheinprovinz zur Gewährung eines Kredites von 200 000 RM. an die Kleinindustrie im preußischen Teile des Saargebietes bereit erklärt. Der Zinsfuß würde 7 Prozent betragen.

Vom Saargrubenbau.

Zunehmende Betriebseinschränkungen.

Das große Eisenwerk in Frankenthal, das in den letzten Jahren sehr umfangreich ausgebaut wurde, sieht sich infolge des schlechten Geschäftsganges veranlaßt, größere Betriebs-einschränkungen vorzunehmen. Ebenso findet bei den Emaillierwerken in Frankenthal eine Einschränkung statt durch Kürzung der Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden, evtl. noch Einlegung von Feiertagen. Ein Hauptgrund der flauen Geschäftslage dürfte darin liegen, daß große Massen fabriziert wurden, die Großhersteller ihre Lager überfüllt haben und der naturgemäß notwendige Absatz fehlt. Solange die Zollschwierigkeiten nicht behoben sind oder wieder der freie Warenverkehr mit Deutschland eingesetzt wird, dürfte eher eine Verschlechterung als Besserung der Lage eintreten. Das sind hauptsächlich die Nachwesen der Eingliederung des Saargebietes in das französische Zollgebiet.

Die Stilllegung der Lauchentaler Glashütte ist bereits mit dem 16. Januar erfolgt. 170 Mann der Belegschaft sind zur Entlassung gekommen, von welchen nur rund 200 nach

Umstellung des Betriebes von der Hand- auf Maschinenarbeit wieder beschäftigt werden können. Der übrige Teil der entlassenen Arbeiter wird zunächst mit Roststandsarbeiten seitens der Stadt St. Ingbert beschäftigt. Ferner werden rund 80 Arbeiter bei der Errichtung einer Flugzeughalle durch das Burbacher Hüttenwerk in Merseburg als Hilfsarbeiter beschäftigt. Auch andere saarländische Firmen haben sich erboten, im Rahmen des Möglichen die entlassenen Arbeiter bei Neuinstellung zu berücksichtigen.

Wegen Mangel an Aufträgen sah sich das Röhrenwerk Bous veranlaßt, einen Teil seiner Belegschaft die Arbeit zu kündigen.

Zwecks Herabsetzung der Löhne hat die Fennel-Glas hütte das Lohnabkommen zum 1. Februar gekündigt. Die Hütte befindet sich restlos in französischen Händen und beschäftigt rund 700 Arbeiter. Ferner hat die Glaschenhütte St. Ingbert-Luisenthal, die sich gleichfalls in französischem Besitz befindet, 180 Arbeitern gekündigt. Auch die Glashütte Oberwöltingen hat 170 Mann der Belegschaft gekündigt.

Verlegung von Bergleuten. Wie von Bergarbeiterseite mitgeteilt wird, soll auf Grube „Altenwald“ eine Verlegung von Bergleuten, man spricht von 300—400 Mann, auf andere Gruben des Saargebietes erfolgen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß von dieser Maßnahme auch eine Anzahl einheimischer Bergleute betroffen wird, wird angestrebt, daß die Grubenverwaltung in erster Linie eine Verlegung der auswärtigen Bergleute vornehme, zum mindesten die Verlegungen so bewerkstelligt, daß die einheimischen Bergleute auf solchen Gruben untergebracht werden, die ihren Wohnorten am nächsten gelegen sind.

Proteststreik auf Grube „Belsen“. Die fortgesetzte Willkürpolitik der französischen Bergverwaltung wurde erneut in einer von dem Arbeiterausschuß der Grube „Belsen“ einberufenen Belegschaftsversammlung gegeißelt. Anlaß hierzu gab die Kündigung eines Steigers und drei Bergleuten, die im Oktober 1926 auf Grube „Belsen“ einen damals ausgebrochenen Brand verursacht haben sollen. In der Belegschaftsversammlung wurde darauf hingewiesen, daß zwar die Kündigung nach § 52 der Arbeiterorganisation (Kündigung ohne Angabe des Grundes) ausgesprochen wurde, daß aber das Verhalten der Verwaltung vor der Kündigung klar erkennen lasse, daß die Kündigung nur in Verbindung mit dem Brand ausgesprochen wurde. Es sind nämlich der Kündigung unangreiche Vernehmungen vorausgegangen. In der Belegschaftsversammlung wurde festgestellt, daß die eigentliche Ursache des Brandes in mangelhafte Wetterführung und ungenügende Beschaffung von Material gewesen sei, da sonst die Bremser nicht nötig gehabt hätten, eine nicht mehr greifbare Bremse mit einem Tuchlappen zu umwickeln. Die Versammlung beschloß, mit dem Generaldirektor Deffine, der die Entlassung verfügt hat, Rücksprache zu nehmen. Sollte die von der Belegschaft geforderte Zurücknahme der Kündigung der drei Bergleute nicht erfolgen, dann würde nur ein Streik in Frage kommen können.

Wider Erwarten haben die Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion über die Wiedereinstellung der drei entlassenen Bergarbeiter auf der nahen Grube „Belsen“ zu keinem Ergebnis geführt. Die Direktion weigert sich, die Entlassenen wieder einzustellen, obwohl ihnen eine Schuld an dem großen Grubenbrand bis jetzt nicht nachgewiesen werden konnte. Auf Beschluss des Arbeiterausschusses ist die gesamte Belegschaft am 25. Januar in den Proteststreik getreten.

Die Tendenz der Politik der Grubenverwaltung ist unschwer zu erkennen. Die Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks wirkt sich erklärlicherweise auch auf den Absatz der Saarkohle aus. Man geht daher davon, allmählich eine Verminderung der Belegschaften vorzunehmen, andererseits die Löhne im Saarbergbau durch Anlegung polnischer Arbeiter zu drücken. In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, daß die Verwaltung der Grube „Belsen“ in letzter Zeit 69 Mann von Übertrage in die Grube verlegt. Dabei handelt es sich meist um Unfall- und Kriegsbeschädigte, selbst um Leute mit Schädelbrüchen, mit einem Bein und hochgradiger Kurzsichtigkeit. Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß diese besonderen Methoden der französischen Personalpolitik eine große Gefährdung für den Grubenbetrieb mit sich bringt.

Die Grubenschäden als Folgen des französischen Raubansystems. Vor Jahresfrist wurde im Zuge der Fischbachstraße in Dudweiler eine Neubahnunterführung fertiggestellt. Der Bahntorpede und die Fischbachstraße, die durch Grubenbau gelitten und größere Senkungen zeigten, wurden wieder höher verlegt. Neue Gas- und Wasserleitungen mußten daselbst gelegt werden. Und jetzt beginnt das alte Elend schon wieder. Ein Rohrbruch folgt dem andern, das Straßenpflaster weist schon bedenkliche Löcher und Unebenheiten auf. Es wird wohl kein Jahr mehr dauern, bis diese Straße nochmals unfahrbar und unpassierbar ist, wenn nicht die Gemeinde rechtzeitig und mit Nachdruck die französische Grubenverwaltung zur Instandhaltung zwingt.

Zu einem Flözbrand auf dem Ostschacht der Grube Klarenthal schreibt die „Saarbrücker Zeitung“ unter anderem folgendes: Der im Ostschacht der Grube Klarenthal ausgebrochene Flözbrand sollte den verantwortlichen Personen Veranlassung sein, sich einmal mit den dort herrschenden Verhältnissen etwas näher zu befassen. Genannte Schachtanlage musste im Jahre 1914 wegen Flözbrandes völlig unter Wasser gesetzt werden. Vor einigen Jahren ging nun die französische Grubenverwaltung daran, die Grube zu summieren und wieder für den Abbau vorzubereiten. Die Arbeiten sollten mit größter Beschleunigung betrieben werden, obwohl die Erfahrungen, die man mit der Grube bereits früher gemacht hatte, eher zu einer planmäßigen und vorsichtigen Arbeitsweise hätten führen müssen. Es dauerte denn auch nicht lange, bis das erste Unglück geschah, bei dem auch Menschenleben zu Schaden kamen. Diesmal ist es glücklicherweise ohne Verlust von Menschenleben abgegangen. Trotzdem bleibt ein Flözbrand auf einer Schlagwettergrube, wie sie Grube Klarenthal ist, eine äußerst gefährliche Sache, und die Vorrichtungs- und andere Arbeiten dürfen nur unter Berücksichtigung aller Erfahrungen vorgenommen werden, die man beim Abbau zur Selbstentzündung neigender Flöze gemacht hat. Bei dem „Rekord“-System, das bis jetzt auf der Anlage Ostschacht geherrscht hat, ist das jedoch nicht möglich.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Komphausen erlitt der Hauer Karl Schwinding aus Holz durch niedergehendes Gestein eine schwere Kopfverletzung, außerdem verlor er auf einem Auge das Augenlicht. In schwerverletztem Zustand wurde er dem Krankenhaus in Fischbach zugeführt. — Auf Grube von der Heydt erlitt der 20 Jahre alte Schlepper Heinrich Scherer aus Riegelsberg schwere innere Verletzungen, auf derselben Grube der 24 Jahre alte Hauer Ignaz Schneider aus Buchenschachen eine Handverletzung. — Auf Grube Victoria-West verunglückte der Bergmann Ewald Blum aus Gütingen, jerner der Hauer Laurentius Scherer aus Püttlingen. — Auf der Grube Reden verunglückte der Bergmann Franz Massing so schwer, daß er nach zehntägigem Krankenlager seinen Verletzungen erlag. — Auf Schacht Saint Fontaine der Kohlengrube von Saar und Mosel in Spittel wurden dem 20 Jahre alten Bergmann Wilhelm Beauthier aus Lauterbach durch herabfallende Kohlenschichten die Wirbelsäule gebrochen, so daß er nach kurzer Zeit starb.

Vom „Bund der Saarvereine“.

§ Saarbrücker Besuch beim Berliner Lehrer-Gesangverein.

Anlässlich seines 40. Stiftungsfestes verbunden mit der Weihe seines neuen Banners hatte der Berliner Lehrer-Gesangverein, welcher im Sommer 1925 unserer Saarheimat, insbesondere der Stadt Saarbrücken, seinen Besuch abgestattet hat, sich des Gegenbesuches unserer Saarbrücker Landsleute zu erfreuen. Dem Stiftungsfest war der Charakter eines Grenzmarktfestes gegeben. Vertreter aller jener Gebiete waren eingeladen, die der Berliner Lehrer-Gesangverein auf seinen sieben Grenzfohlen in den Jahren 1920—1926 besucht hatte. Über 50 Vertretungen von Verbänden und Vereinen aus dem Osten und Westen konnten begrüßt werden. Mit besonderer Freude erfüllte es den Jubelverein, daß auch aus dem Saargebiet liebe Gäste eingetroffen waren, und zwar der 2. Vorsitzende des Männergesangvereins Saarbrücken von 1861, Herr Oberingenieur E. Werner — Saarbrücken und Frau Clara Noos — Saarbrücken, welche außerordentliches Mitglied des Berliner Lehrer-Gesangvereins ist, eine tapfere deutsche Frau, die im Jahre 1925 beim Durchzug durch die Kaiserstraße in Saarbrücken den Berliner Lehrer-Gesangverein durch Schwenken einer Fahne so herzlich begrüßt hatte und später durch Herrn Pfarrer Reichard ein wundervoll gefertigtes Fahnenband für das neue Banner des Berliner Lehrer-Gesangvereins überreichen ließ. Herr Oberingenieur Werner übertrug die Grüße des Männergesangvereins Saarbrücken in begeisternden, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Worten, während Frau Clara Noos des dem Berliner Lehrer-Gesangverein gemachte Geschenk am neuweichten Banner befestigte und dazu die nachstehenden tiefempfundenen Worte sprechen konnte:

Gern von der Saar komm' ich ins märk'sche Land,
Um mich mit euch des sel'tnen Fest's zu freuen.
Das neue Banner schmüd' dies Fahnenband,
Das Freundschaftsband zu stärken, zu erneuen.

Bor vier Jahrgebünt schuf der Vater Schar
Den schönen Kreis, das deutsche Lied zu pflegen.
Es bleibe euer Bund treudeutsch und wahr
Und dazu gebe Gott euch seinen Segen!

Im Lied bewahrt treudeutsche Art,
Dies Wort soll stehen, soll sich niemals wandeln.
Und nun Glück auf! zur weiteren Ruhmesfahrt!
„Das Höchste ist der Geist, aus dem wir handeln!“

Die Worte lösten bei der nach Tausenden zählenden Festgemeinde im Marmorhaale des „Zoo“ in Berlin brausenden Beifall aus. Sie festigten spontan das Band der Treue, das die Sänger des Saarlandes und die Berliner umschlingt. — Eine Ehrung wurde unseren Saarbrücker Landsleuten seitens des „Saar-Vereins“ anlässlich eines gemütlichen Zusammenseins mit der Berliner Burghenschaft Saravia dadurch zuteil, daß Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin sie in einer längeren Ansprache begrüßte und in begeisterten Worten feierte.

□ Die Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saarvereine, hielt am 9. Januar d. J. seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Der 2. Vorsitzende, Herr Oberinspektor Busse, eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung, und widmete dem verstorbenen Mitgliede, Frau Lehrer Hubert, einen Nachruf, deren Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Säulen geehrt wurde. Alsdann würdigte er in kurzen Ausführungen die Verdienste des 1. Vorsitzenden, Herrn Kreis jr., der einem Ruf nach Köln folgend, sein Amt nicht weiterführen konnte, und nahm nochmals die Gelegenheit wahr, herzlichen Dank zu sagen für alles was Herr Kreis für unsere Ortsgruppe getan hat. Aus den erstatteten Berichten, Jahresbericht, Kassenbericht und Bericht des Rechnungsprüfers war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre viel Ersprechliches geleistet wurde. Die Mitgliederzahl hat sich auf gleicher Höhe gehalten. Der Kassenbericht fand die Genehmigung der Versammlung. Die Vorstandswahl ergab die einmütige Wiederwahl fast aller Vorstandsmitglieder. An Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden Herrn Kreis, trat Herr Bureauvorsteher Lehmann. Herr Lehmann dankte für das in ihm gesetzte Vertrauen, und versprach seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen. Aber ohne Unterstützung durch die Mitglieder sei ihm eine ersprechliche Arbeit unmöglich, und so bitte er alle, durch regen Besuch der Versammlungen mitzuholen; auch fernher fest zusammenzustehen und bereit zu sein, wenn die Saarheimat unserer Unterstützung bedarf.

□ Einen Unterhaltungsabend mit Gesangsvorträgen und anschließendem Tanz wird die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine am Dienstag, den 15. Februar 1927, im Ballssaal des Rheingold, Eingang nur Potsdamer Straße 3, abhalten. Allen Besuchern kann ein genügender Abend in Aussicht gestellt werden, da es dem um unsres Saarvereinsache hochverdienten Herrn Karl Ommer-Berlin gelungen ist, den Eisenbahnsängerbund in Berlin für die Mitwirkung zu gewinnen, welch leichter sich in liebenswürdiger Weise unserer Ortsgruppe für diesen Abend zur Verfügung gestellt hat. Weiter hat unsere Landsmannin, die bekannte Lautensängerin Olga Schmidt-Saarbrücken, ihre Mitwirkung zugesagt, eine hochfreudliche Nachricht, die ganz gewiß von allen, welche diese vortreffliche Lautensängerin schon einmal gehört haben, dankbar entgegengenommen wird. Zum ersten Male werden an diesem Unterhaltungsabend aber auch zahlreiche Mitglieder derjenigen Offiziersvereine in Berlin teilnehmen, deren Truppenteile seinerzeit im Saargebiet in Garnison gestanden haben. Mit dem Unterhaltungsabend beabsichtigen sie ein langersehntes Zusammensein ihrer Mitglieder mit Landsleuten von der Saar zu erreichen. In besonderen Rundschreiben haben die Offiziersvereinigungen ihre Mitglieder zu reger Teilnahme aufgerufen, so daß mit einem zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung zu rechnen ist. An dieser Stelle sei aber auch den Offiziersvereinigungen dafür gedankt, daß sie in ihrem Rundschreiben ihre Mitglieder gebeten haben, die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine, dessen vaterländische Auflklärungsarbeit im Saargebiet und in unserem nichtbesetzten deutschen Reich größte Anerkennung gesunden haben, dadurch zu unterstützen, daß jeder einzelne die Mitgliedschaft des Bundes der Saarvereine erwerben möge. Die Leitung des Unterhaltungsabends liegt in den Händen des bewährten Vorsitzenden des Vergnügungsausschusses, Herrn Karl Ommer, der sich ganz besondere Mühe geben will, um derartige Veranstaltungen seitens der Ortsgruppe Berlin immer besser ausgestalten zu lassen. Der Eisenbahnsängerbund wird unter der Leitung seines Chormeisters, Herrn Paul Hoffmann, besonders schöne Volkslieder zum Vortrag bringen. Der Eisenbahnsängerbund verfügt über sehr gute Kräfte. Er hat bei seiner Sängerschaft ins Saargebiet in Saarbrücken und in anderen Städten des Saargebietes sehr große Erfolge gehabt. Die feinsinnige Volksliedersängerin Olga Schmidt wird dem Abend Stimmung, Farbe und Glanz verleihen. Schon einmal haben wir in Berlin ihre Vorträge gehört, und wir erinnern uns noch mit Dankbarkeit, wie schlicht und einschließlich sie vor die lauschenden Zuhörer hinaus und aus den bildgeschnittenen Truhen alter deutscher Volks-

Niedschäze die schönsten Gaben emporhob. Alle die ihr zuhörten, standen im Bann ihrer hohen reinen Kunst. Ihre Stimme ist warm und herzandringend und sie trägt auch durch große Räume. Mit ihrer Laute ist sie sich eine feinfühlige Begleiterin. Olga Schwintz's Kunst ist groß, stark und eigenartig. Sie verfügt über eine reiche Liederammlung und wird an dem Unterhaltungsabend dreimal auftreten. Für den Unterhaltungsabend sind noch andere Sachen geplant. Jeder, der zur Erheiterung und Unterhaltung beitragen kann, ist herzlich willkommen. Zur Deckung der hohen Saal- und sonstigen Kosten wird ein Eintrittspreis von nur 50 Pf. erhoben. Eintrittskarten sind von der Geschäftsstelle "Saaar-Verein", Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94, zu beziehen. Anmeldungen des Bedarfs der Karten ist notwendig, damit dieselben rechtzeitig zugestellt werden können.

Der Verein der Pfälzer in Berlin, welcher Mitglied des Bundes der Saaar-Vereine ist, lädt zu seinem Jahrestag "Pälzer Kerwe" am Sonntag, dem 13. Februar 1927, im großen Saal der Kammerhalle, Teltower Straße 1-4 (Nähe Hohes Tors) ein. In altpfälzer Weise wollen wir, so heißt es in der Einladung, unsere Kerwe feiern durch Ausgraben und Einholen der Kerwe, Aufhängen und Austanzen des Kerwefranzes u. a. mehr unter Mitwirkung unserer berühmten Madenbacher Musikanter. Öffener Pfälzer Wein wird verzapft, auch gibt es Pfälzer Bratwürstle. Zu unserer Kerwe erscheint man in erster Linie in pfälzischen Trachten, außerdem in sonstigen deutschen Volkstrachten, Sommerkleidung und Wanderanzug (Gesellschaftskleidung, Balltoilette, Masken- und Fantasielüste eignen sich nicht zum Besuch der Kerwe). Beginn 5 Uhr nachmittags. Eintrittspreis 2 M. einschl. Steuer. Der Reinertrag der Kerwe ist restlos unserer Unterstützungsclasse zugunsten notleidender Landsleute bestimmt. Also auf zur "Pälzer Kerwe"! Eintrittskarten beim Schriftführer Fritz Müller in Schöneberg, Eisenacher Str. 58. Tel. Stephan 9039.

Saar- und Pfälzverein Erfurt, Ortsgruppe des Bundes Saaar-Verein. Unsere am 6. Januar d. J. stattgefundene Jahreshauptversammlung brachte neben der üblichen Abwicklung der allgemeinen internen Vereinsangelegenheiten die Neuwahl des sahngsmäßig aus dem Vorstand ausscheidenden 1. Vorsitzenden und von drei Vorstandsmitgliedern. Die leichten wurden wieder gewählt und nahmen die Wahl an. Herr Krieger bat von einer Wiederauswahl zum 1. Vorsitzenden abzusehen. An seiner Stelle wurde der Gründer unserer Ortsgruppe und frühere 1. Vorsitzende, Herr technischer Eisenbahn-Inspektor Weinkauf einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt; Herr Weinkauf nahm die Wahl an und nahm als erste Amtshandlung die Gelegenheit wahr, dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Verwaltungs-Inspektor Krieger, den Dank aller für seine rührige und erfolgreiche Vereinsarbeit auszusprechen. Auch an dieser Stelle sei nochmals besonders der treuen und sachlichen Arbeit unseres Landsmannes Krieger im Interesse unserer Heimatbewegung mit Anerkennung und Dank gedacht. Er wird fernerhin auch als 2. Vorsitzender Gelegenheit haben, seine Erfahrungen nutzbringend bei dem weiteren Ausbau unserer Ortsgruppe zu verwenden. Die Person unseres nunmehrigen 1. Vorsitzenden und die Art seines bisherigen Wirkens im Interesse des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes geben uns von vornherein die Gewähr dafür, daß es weiter vorwärts gehen wird in unserer zwar kleinen, aber sich umso fester mit ihrer angestammten Heimat verbunden führenden Ortsgruppe. Leider hatten wir im vergangenen Jahre den Tod eines unserer Besten, des Herrn Eisenbahn-Ingenieurs im Ruhestand Gustav Jacobs, zu beklagen. Sein aufrichter Charakter seine heile Vaterlandsliebe und vor allen Dingen der ihm eigene sonnige Humor stellten ihn in den Mittelpunkt unserer Ortsgruppe. Sein Tod hat hier eine Lücke geschaffen, die sich so bald nicht wieder schließen wird. Unser "Vater Jakobs" wird uns allen unvergeßlich bleiben. Umso freudiger Genugtuung erwachte daher bei der Versammlung die anlässlich der Behandlung des Jahresberichts wiederholte Belanntgabe der Tatsache, daß unsere verehrte Landsmannin, Frau Witwe Jacobs, die in vorbildlicher Weise und seltener Treue seit der Gründung unserer Ortsgruppe durch eine rührige Mitgliedschaft die Bestrebungen des Vereins unterstützt hat, einstimmig zum Ehrenmitglied gewählt worden ist. Wir hoffen und wünschen, daß ein gütiges Geschick sie noch lange in alter Frische und Gesundheit in unserer Mitte erhalten möge. — Unter diesjähriges Stiftungsfest wollen wir am 4. Februar d. J. im Hotel "Rheinischer Hof" in Erfurt begehen.

Ortsgruppe Frankfurt/Main des Bundes Saaarverein. Es ist wohl in erster Linie das Verdienst zweier Männer, daß die Ortsgruppe Frankfurt/Main sich in den schwierigsten Zeiten der Inflation und der darauf folgenden wirtschaftlichen Notlage halten konnte und sogar in letzter Zeit gute Fortschritte machen konnte. Das wurde so recht klar in der Hauptversammlung am 14. Januar, die der 2. Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. von Krewel, leitete. In seinem Jahresbericht wies er auf den großen Verlust hin, den der Verein durch den Bericht des 1. Vorsitzenden, Herrn Schiffbauers, erlitten habe. Seit 1919, seit der Gründung der Ortsgruppe, habe er mit immer gleichbleibender Arbeitsfreudigkeit und Treue den Verein geleitet. Einstimmig wurde Herr Schiffbauer zum Ehrenmitglied ernannt. Mit ihm zusammen hat der langjährige Kassierer, Herr Haasen, für den Verein gewirkt und oft fast die ganze Vereinsarbeit geleistet. Sein letzter Jahresbericht wies eine erfreuliche Vermögenslage aus. Da er leider aus Gesundheitsrücksichten genötigt ist, sein Amt niederzulegen, das er über 6 Jahre musterhaft geführt hat, hat die Versammlung ihn, ebenfalls die Ehrenmitgliedschaft des Vereins anzunehmen. Um seine reiche Erfahrung weiterhin nutzbar zu machen, wurde er als Beisitzer in den Vorstand gewählt. 1. Vorsitzender wurde Dr. von Krewel, 2. Vorsitzender wurde der alte Vorläufer des Saarländischen Beamtenums, Oberpostinspektor Anschütz, von dessen anerkannter großer Arbeitsfreudigkeit der Verein sich den größten Nutzen verspricht. Herr Anschütz ist auch in Frankfurt der 1. Vorsitzende des Beamtausschusses. Kassierer wurde Herr Bartelmeß. Die anderen Vorstandsmitglieder blieben. In den Vorstand wurden noch zu gewählt der frühere Reichstagsabgeordnete Herr Ollmert und der Major a. D. und Lottereeinnehmer Ludwig, die ja beide im August 1920 ihre Saarheimat verloren haben. Es soll eine intensive Werbe- und Aufklärungstätigkeit einsehen. Interessant war es, von einem neuen Mitgliede zu hören, daß allein in dem Frankfurter Industrieviertel, dem sog. Kamerun, über 100 Saarländer ansässig sind, fast alle wegen deutscher Gesinnung abgelegte Bergleute. Mit allen diesen Landsleuten soll die Verbindung aufgenommen werden. Um auch den Minderbemittelten entgegenzukommen, wurde der Beitrag auf 50 Pf. monatlich herabgesetzt. Ehefrauen der Mitglieder zahlen nur 25 Pf. und erwachsene Kinder im elterlichen Haushalt nur 15 Pf. Der Wille zur Arbeit und zur Aufklärung der hiesigen Bevölkerung zur Saarfrage wurde von allen Seiten betont. Mit den Ehrenmitgliedern Schiffbauer und Haasen, die beide tiefbewegt sich bedankten, blieben die Versammelten noch lange zusammen. Sehr bedauert wurde das Auscheiden des Herrn Dipl.-Ingenieur Reitler, der leider seinen Wohnsitz nach Gießen verlegen mußte. Er hat mit seinem rheinischen Humor die Versammlungen anregend gemacht. Er hat versprochen, oft zu den Sitzungen herüberzukommen. Die Ortsgruppe Gießen wird sich über den Zuwachs freuen.

Saaar-Verein, Ortsgruppe Köln. Am Dienstag, den 11. Januar 1927, fand die diesjährige Jahreshauptversammlung im Rudolssaal statt. Nach Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Baumüller, sowie Belanntgabe der Versammlungsniederschrift vom 6. Dezember 1926, worüber bereits an dieser Stelle berichtet wurde, erstattete der 1. Vorsitzende den sehr umfangreichen Jahresbericht. Herr Baumüller hat es in diesem Bericht verstanden, den Mitgliedern, die im vergangenen Jahre so erfolgreich für den Verein durchgeführten Arbeiten noch einmal vor Augen zu führen. Nach Erstattung des Kassenberichts durch den 1. Kassierer wurde dem Gesamtvorstande Entlastung erteilt. Das älteste anwesende Vereinsmitglied, Herr Bürgermeister John, nahm nunmehr die Neuwahl des Vorstandes vor. Der bisherige 1. Vorsitzende bittet die Versammlung infolge gesundheitlicher Rücksicht vorläufig von einer Wiederauswahl abzusehen. Die Versammlung wählte hierauf den bisherigen 2. Vorsitzenden, Herrn Weyand, einstimmig zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Köln. Als 2. Vorsitzender wurde Herr Jacobs, als 1. Schriftführer Herr Höfner, als 1. Kassierer Herr Knecht sowie die übrigen Vorstandsmitglieder: Hrl. Alsdorf und die Herren Becker, Dr. Clevisch, Paulus, Voosser und Götz gewählt. Der nunmehrige 1. Vorsitzende dankt der Versammlung namens des neuen Vorstandes für das entgegengesetzte Vertrauen zur Leitung der großen Ortsgruppe Köln. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung schloß der 1. Vorsitzende bei bereits weit vorgerückter Stunde die Versammlung. Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, den 2. Februar 1927, abends 8 Uhr im Rudolssaal, Hahnstraße 36, statt.